

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

## Der abgebaute Preisabbau

Goerdeler geht / Preisabbau unter der Hälfte des Lohnabbaues zurückgeblieben

### Wer ist der Geprellte?

Am 29. November hat Goerdeler über alle Deutschen Sender gesprochen und die Bilanz seiner Tätigkeit gezogen. Sie ist, wie wir vorausgesagt haben,

überaus dürftig

ausgefallen. Goerdeler selber schätzt den unter seiner kommissarischen Tätigkeit bewirkten Preisabbau auf 7 bis 9 Prozent, aber das ist eine reichlich optimistische Schätzung. Die wirkliche Preissenkung dürfte noch unter der von ihm angegebenen untersten Grenze liegen. Dazu kommt, daß in der letzten Zeit auf verschiedenen wichtigen Gebieten

der Preisabbau in einen Preisaufbau umgeschlagen hat,

wie beispielsweise für Butter, und daß Preissteigerungen auf verschiedenen anderen Gebieten — vor allem für Mehl und Brot zur Zeit in der Luft liegen. Andererseits ist die Preissenkung für eine Reihe von Artikeln noch heftig umstritten, wofür die allenthalben auflodernden Bier- und Lichtstreiks sprechende Beweise sind. Zwar konnte Goerdeler diese

gänzlich unbefriedigende Seite seiner Tätigkeit nicht einfach überschlagen, aber um so mehr begeisterte er sich an seiner anderen Erfolge, um daraus die beruhigende Gewißheit abzuleiten, daß er seine eigene Tätigkeit in ihrem wesentlichen und entscheidenden Teil als abgeschlossen betrachten und nun auch in Ermangelung anderer aussichtsreicher Objekte

den Abbau seiner selbst gehen könne.

Das ist nun freilich eine Schlußfolgerung, die sogar dem „Vorwärts“ etwas Verdruß abpreßt. Er weist dem Preisabbaukommissar an Hand von Ziffern nach, daß der Lohn- und Gehaltsabbau nur zur Hälfte durch den Preisabbau ausgeglichen sei und entringt seiner gequälten Brust den mitleidvollen Ruf: „Geprelltes Arbeitervolk“. Als ob nicht in erster Linie und vor allem die Sozialdemokratie die Geprellte sei, da sie jenen Brief Brünnings an Wels, der die Angleichung der Preise an die durch Notverordnung gesenkten Löhne

versprach, für bare Münze nahm. Immerhin, der „Vorwärts“ hat noch einen Zweifel: er fragt erstaunt, ob Goerdeler seine Erklärung im Einverständnis mit dem Reichskanzler abgegeben habe. Uns erscheint es dagegen zweckmäßiger, zu fragen, was die SPD jetzt zu tun gedenkt, nachdem infolge des auf halbem Wege steckengebliebenen Preisabbaus jene „neue Situation“ geschaffen ist, von der Brüning in seinem Briefe sprach. Denn natürlich besteht nun auch

gar keine Hoffnung mehr auf weitere Preissenkungen

Die Warenproduzenten und -verkäufer werden in dem Verschwinden Goerdelers den Beweis dafür erbringen, daß in dieser Beziehung alle Möglichkeiten restlos ausgeschöpft sind. Umgekehrt: es steht zu erwarten, daß erlittene Einbußen wieder wettgemacht werden und wir schon sehr bald einer allgemeinen Wiederverhöhung der Preise entgegengehen werden, so daß die Kluft zwischen Preisen und Löhnen noch neue erhebliche Erweiterung erfährt.

### Das Fiasko der RGO

Eine Lehre für alle revolutionären Gewerkschafter

„Richtige Generallinie, aber schlechte Durchführung.“ Das ist die Schlußfolgerung, die Thälmann in der bereits von uns behandelten Tagung des Zentralkomitees der KPD in der Gewerkschafts- und RGO-Frage zieht. Dieses Fazit muß die KPD- und RGO-Arbeiter nicht nur um den Nutzen der an anderer Stelle des ZK-Beschlusses geübten Selbstkritik und um alle Hoffnungen auf eine Besserung bringen, sondern sie ist gleichzeitig eine Abwälzung der Schuld auf die unteren Organe und Massen der KPD- und RGO-Anhängerschaft.

Jawohl, es ist tausendmal richtig, wenn der Beschluß besagt, daß „zwischen den objektiv günstigen Verhältnissen“ und dem relativ großen Masseneinfluß der KPD einerseits und dem völligen Versagen auf dem Gebiet des wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Kampfes andererseits „nach wie vor ein Mißverhältnis“ besteht. Fast die Hälfte des deutschen Proletariats liegt auf der Straße. Den noch im Betrieb Stehenden ist neben Kurzarbeit durch immer neuen Lohnraub der Verdienst um mehr als die Hälfte gekürzt. Die kapitalistische Wirtschaft kracht in allen Fugen. Die Masse der Arbeiterschaft ist über die Passivität und ständige Rückzugstaktik der reformistischen Gewerkschaftsführung aufs äußerste empört. Wahrlich, eine Situation, die für eine Massenpartei mit wirklich revolutionärer Gewerkschaftsarbeit die denkbar günstigsten Möglichkeiten bieten müßte. In dieser Situation wäre es bei richtigem Einsatz der Millionen zählenden KPD-Anhängerschaft möglich, nicht nur Reformismus loszulösen, sondern auch in den Gewerkschaften selbst die Auslösung und Durchführung erfolgreicher Massenkämpfe gegen Lohnraub und Kapitalsdiktatur zu erzwingen. Reformistische Gewerkschaftsführer, die sich einer derartigen, wirklichen Massenbewegung in den Weg stellen, würden, wie bei den Munitionsarbeiterstreiks, wie im November 1918 und beim Cunostreik 1923 einfach beiseite geschoben.

So könnte und müßte es auch heute sein, wenn — ja wenn die KPD nicht von „richtiger Generallinie“ schwätzen, durch unsinnige RGO-Politik einen großen Teil der revolutionären Arbeiterschaft von den gewerkschaftlich organisierten Klassen trennen und in Sondernaktionen nutzlos aufopfern würde. Es ist doch so, daß trotz der geschilderten günstigen Situation die RGO nur von „hundert erfolgreichen RGO-Streiks“ fabuliert, daß aber in Wirklichkeit noch nie so wenig gestreikt wurde, wie gegenwärtig, daß der größte Lohnraub aller Zeiten fast durchweg ohne den geringsten Widerstand durchgeführt werden konnte. Gewiß trägt daran die reformistische Gewerkschaftsführung mit ihrer staats- und kapitalerhaltenden Politik die Hauptschuld. Aber daß sie trotz dieser Politik die große Mehrheit der fünf Millionen freigewerkschaftlich organisierter und damit die für Wirtschaftskämpfe entscheidenden Massen hinter sich hat, das ist die Schuld der KPD-Führung.

Die Grundlage der ganzen RGO-Politik besteht in der Auffassung, daß große Streiks,

### Die Aushungierung des Volkes

## Brotkarte droht!

Aus der Dunkelkammer Schieles

b. j. Berlin, 1. März 1932.

Heute veranstaltete die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG.) vor Vertretern und Behörden und der ihr nahestehenden Presse eine Informationsveranstaltung, die der Präsident der DLG., von Websky, leitete. Der Sachverständige Dr. Schurig-Zeestow führte: us daß in diesem Jahr die Ernährung des deutschen Volkes in größter Gefahr sei. Fast alle landwirtschaftlichen Betriebe seien von der Katastrophe bedroht. Direktor Kühne von der Deutschen Gesellschaft für Pflanzenzüchtung betonte, daß die Verwaltung von anerkanntem Saatgut um 40—45 Prozent, beim Roggen in noch stärkerem Umfange zurückgegangen sei.

Der Reichsminister ohne Portefeuille und Reichskommissar Dr. h. c. Schlangensiefen erklärte, daß diese Kundgebung im rechten Augenblick veranstaltet worden sei. Er könne jedes Wort unterstreichen. Der Kunstdüngerverbrauch müsse auf das notwendige Maß hinaufgeschraubt werden, wenn nicht die gesamte deutsche Landwirtschaft heute das Schicksal der subventionsbedürftigen Betriebe des deutschen Ostens erleiden solle. Er persönlich lehne heute schon jede Verantwortung ab, wenn das ganze Werk der Osthilfe unter diesen Umständen zusammenbräche. Denn wenn infolge der nicht genügenden Verwendung von Kunstdünger die jetzt voraussehenden Ernteauffälle eintreten, werde es nicht möglich

sein, die jetzt unter Vollstreckungsschutz gestellte Osthilfe zu sanieren. An Stelle des leider am Erscheinen verhinderten Reichsernährungsministers Schiele könne er aber heute, ohne eingehende Angaben machen zu dürfen, doch sagen, daß im Reichsernährungsministerium Verhandlungen im Gange seien, die jeden Landwirt darüber beruhigen würden, daß die notwendigen Betriebsaufwendungen durch die von der kommenden Ernte zu erzielenden Preise gerechtfertigt seien. Mehr dürfe er heute leider nicht sagen.

Schon in kürzester Zeit werde die Öffentlichkeit über die hier in Frage stehenden Absichten der Reichsregierung unterrichtet werden.

Schurig-Zeestow erklärte dann noch, daß man

um die Brotkarte im nächsten Sommer nicht herkommen würde, wenn nicht das Reich durch Düngemittel-Subventionen dafür sorgen würde, daß die Landwirtschaft den Anforderungen der Volksernährung gerecht werden könne.

### Todesurteile in Birma

In dem Verfahren gegen birmanische Aufständische wurden weitere fünf Personen zum Tode und fünfzehn zu lebenslänglicher Deportation verurteilt.

### Hindenburg-Kandidatur gegen die Arbeiter

Eingeständnis Dietrichs

In einer öffentlichen Kundgebung der Deutschen Staatspartei zur Frage der Reichspräsidentenwahl ließ der Reichsfinanzminister Dietrich die Katze aus dem Sack. Ein innerer Kampf, so führte er aus, würde nicht den Sieg der Nationalsozialisten, sondern den der radikalisierten Arbeiterschaft bedeuten. Die Kandidatur Hindenburgs ist also auch nach Dietrichs Meinung nicht in erster Linie gegen den Faschismus, sondern gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Was wir immer gesagt haben!

### Ueber 8 Millionen Arbeitslose in USA

Der Präsident der amerikanischen Labourparty William Green veranschlagt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten am 1. Februar auf 8,3 Millionen. Die Verdrängung von Menschen durch Maschinen und moderne Arbeitsmethoden ist nach seiner Ansicht in hohem Grade für die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten verantwortlich.

### Gegen Alfonsos Staatsstreichpläne

„New York Herald“ berichtet, daß die französische Regierung eine Untersuchung über das Manifest, durch das die Spanier zum Sturz der Republik aufgefordert wurden, eingeleitet hat. Die Regierung sei entschlossen, die Quelle dieses Schriftstückes aufzufindig zu machen, das, wenn es authentisch sein sollte, eine Verleumdung der von Alfons XIII. übernommenen Verpflichtung bedeuten würde, sich jeder politischen Tätigkeit während seines Aufenthaltes in Frankreich zu enthalten.

kurz, der ganze wirtschaftliche Kampf gegen das Kapital von den RGO-Gebilden und neuen „roten“ Gewerkschaften neben, ohne, ja gegen die Gewerkschaften geführt werden könnte. Die jetzt vierjährige Erfahrung mit dieser Taktik, ganz besonders im letzten Jahr, zeigte aber, daß das grundfalsch ist, daß wohl da und dort kleinere Betriebs- oder Teilstreiks aufgelöst werden können, diese RGO-Streiks enden ganz selten mit kleineren Erfolgen, aber in der Regel mit katastrophalen Niederlagen.

Hier ist nicht die Durchführung, sondern die Generallinie falsch. Die RGO-Arbeiter geben sich doch überall die größte Mühe, sie scheuen nicht vor Spott und Hohn überheblicher Bürokraten, nicht vor den größten Opfern zurück. Aber es ist alles vergebens, weil es eben infolge einer grundfalschen Linie vergeblich sein muß. Wenn nun die KPD-Führung noch immer nicht ihren Fehler einsehen will, wenn sie statt dessen unablässig den so opferbereiten Massen die Schuld gibt, dann ist das genau so überheblich, und dann heißt das genau so die Massen beschimpfen, wie wir das bei der SPD-Führung sehen, die auch ihre arbeiterfreundliche Politik mit dem demagogischen Hinweis auf die „dummen“ Wähler, die nicht sozialdemokratisch wählen, zu verteidigen sucht.

Nun ruft zwar die KPD-Führung nach der „Verstärkung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front“ und proklamiert eine „schnelle und kühne Wendung zur Betriebsarbeit“. Diese Losungen sind nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind, wenn nicht ein vollkommener Kurswechsel in der Gewerkschaftslinie, nicht eine radikale Liquidierung des falschen RGO-Kurses erfolgt. Wenn, wie bisher, der „Sturm auf die Betriebe“, die Arbeit an der „innergewerkschaftlichen Front“ nur den Zweck haben soll, RGO-Sondergebilde zu schaffen und damit die Gewerkschaften und Betriebsbelegschaften in zwei Lager zu spalten, dann werden auch weiterhin nicht nur alle Anstrengungen und Opfer der revolutionäresinnigen KPD- und RGO-Anhänger vergebens sein, sondern dann wird die Ohnmacht der Arbeiterklasse verstärkt, dann wird das gespaltene Proletariat immer mehr vom Kapital und Faschismus geschlagen.

Darum: Kein oppositionell-revolutionärer Arbeiter kann und darf diesen Parolen der KPD-Führung folgen. Es gilt, radikalen Schluß mit der ganzen RGO-Politik zu machen. Der Reformismus kann nur durch zähe, positive Arbeit innerhalb der Gewerkschaften geschlagen werden. Deshalb: Nicht RGO, nicht Zerschlagung, sondern Stärkung und Revolutionierung der Gewerkschaften! Das ist die Aufgabe jedes Klassenkämpfers.

## Staatsapparat für Hindenburg

Erklärungen Severings

In einer Konferenz der preussischen Ober- und Regierungspräsidenten gab Innenminister Severing bezeichnende Erklärungen ab. Sie sagen, daß der Apparat der Preussischen Staatsregierung mit seinem ganzen Gewicht in den nächsten beiden Wochen für Hindenburg und gegen alle anderen Kandidaten arbeiten wird.

Die Haltung, verschärft noch durch Severings Mahnung, die nicht für Hindenburg arbeitende Presse im Bedarfsfälle nur kräftig mit „amtlichen Auflagen“ zu bedenken, das heißt: auch ihr Papier rücksichtslos zur Propaganda für Hindenburg in Beschlag zu nehmen, kann ernsthaft von uns nicht kritisiert, noch charakterisiert werden. Irgendeinen — auch nur den schmalsten — Rechtsboden hat sie nicht.

## Große Worte der „Eisernen“

Berlin, 29. Februar 1932.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front verbreitet einen bombastischen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Weder ein Hitler noch ein Düstberg darf Reichspräsident werden, auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalttäter, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. (Ein dummer, verlogener Trick! Red.) Mag sich Thälmann noch so sehr bücken, auch über seinen Rücken hinweg darf Hitler den Stuhl Fritz Eberts nicht erreichen. Weil Hindenburg den Verfassungseid nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt versah, darum will man ihn vom Platze stoßen. Der Weg zum Staatsstreich und Verfassungsbruch soll freigemacht werden... Eiserner Front, vorwärts zum Angriff. Am 13. März wird Hitler geschlagen.“

Mit hübsch ziselierten Phrasen will man die Wahrheit verdunkeln: daß die Eiserner Front durch die Hindenburg-Propaganda dem Faschismus Helfershelferdienste leistet!

Neue russische Nickelmünzen. Die Sowjetregierung hat beschlossen, Nickelmünzen im Werte von 10, 15 und 20 Kopeken in den Verkehr zu bringen, die den entsprechenden Silbermünzen gleichwertig sein sollen.

# Monarchistische Lösung?

Zur Präsidentenwahl

Berlin, 1. März 1932.

In einem Leitartikel seiner „DAZ“ setzt sich Dr. Fritz Klein mit der von ihm bedauerten Tatsache auseinander, daß die Parteien des deutschen Faschismus nicht vermocht hätten, sich auf einen Sammelkandidaten zu einigen. Er sieht die „Harzburger Front“ für unkümmbar zerfallen an. Und wenn er für den ersten Wahlgang sowohl Hindenburg wie auch Hitler keinerlei sichere Aussichten zubilligt, so schreibt er doch:

„Was diese letzte Möglichkeit eines Wahlbewerbers an Stelle von Hindenburg oder Hitler betrifft, so sind wir nach den Erfahrungen der gegenwärtigen Kampagne ungenügsam skeptisch. Die Einigung wird vor dem 10. April ebenso unmöglich sein, wie vor dem 13. März.“

Vorher aber hat der Chefredakteur der „DAZ“ seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben:

„In zwei Wochen Reichspräsidentenwahl! Es fehlt bei der völlig verfahrenen Lage nicht mehr viel und die Frage der Monarchie wird als praktisches Problem aufgerollt sein, obwohl die Zeit noch nicht erfüllt ist.“

Der Herausgeber der „Weltbühne“, Carl von Ossietzky, hält gleich uns eine Entscheidung im ersten Wahlgang für ganz unwahrscheinlich. Gleich uns tritt auch er für den Kandidaten der Arbeiter, für Ernst Thälmann, ein.

Er sagt — und wir halten seine Meinung für so wichtig und für so richtig, daß wir ihm selbst das Wort geben wollen:

„Es ist ein Unsinn, die Kandidatur Thälmann als eine bloße Zählkandidatur hinzustellen. Wahrscheinlich wird Thälmann eine überraschend hohe Stimmzahl erzielen können. Das wird übrigens heute schon von bürgerlichen Politikern in privaten Unterhaltungen geäußert. Je besser Thälmann haltungen geäußert. Je besser Thälmann ab-

schneidet, desto deutlicher wird demonstriert, heitskandidatur hätte haben können, was für Möglichkeiten noch immer bestehen. Auf diese Lektion kommt es an.“

Auch Ossietzky hält für möglich, daß Hindenburg für den zweiten Gang als Bewerber ausscheidet. Wie wir es tun, hält er eine Sammelkandidatur aller deutschen Faschisten, mit einem Hohenzollernprinzen als Magneten, für möglich.

In solchem Zeichen aber gewinnt alles Streben nach der Zusammenfassung aller Arbeiterkräfte für den zweiten Wahlgang die höchste Bedeutung.

Wie ernst die Gefahr ist, mögen nicht bloß die Worte des Leitartiklers der „DAZ“ zeigen. Der „Hauptverein der Konservativen“, unter Führung des Herrn von Kleist-Schmenzin, eine betont königstreue Gruppe, tritt mit einem Aufruf hervor, den die „DAZ“ als „offene Propaganda für die Monarchie“ und als ein „Zeitsymptom“ bezeichnet. Darin heißt es:

„Dem vaterländischen Volksteil Deutschlands fehlt seit dem November 1918 eine gemeinsame, zielweisende Lösung, um die sich alle die national Gesinnten sammeln könnten, die von wirtschaftlichen oder sozialen Sonderinteressen frei, selbstlos und kampfbereits sind. Solange eine solche Lösung fehlt, besteht die Gefahr der Herausbildung tiefergehender Gegensätze und gefährlicher Verirrungen. Diese Lösung kann nur die rechtmäßige erbliche Monarchie der Hohenzollern sein...“

... Niemals darf der Monarchist und der Konservative das Schädliche anerkennen oder sich damit abfinden oder es gar stützen helfen. Es ist Zeit, in diesem Sinne den Kampf für die Monarchie wieder in den Vordergrund treten zu lassen. Dazu ruft der Hauptverein der Konservativen auf.“

Proletarier, aufgewacht!

## Spaniens Reaktion marschiert

Lerroux meldet Machtanspruch an

Madrid, 29. Februar 1932.

Der Reaktion in Spanien geht die Entwicklung nach rechts zu langsam. Ihr ist das kaum rosa gefärbte Koalitionskabinet viel zu „revolutionär“. Der Führer der radikalen Partei, der ehemalige Außenminister Alejandro Lerroux, meldet seine Machtansprüche immer lauter an. Vor einigen Tagen hat er in der überfüllten Arena von Madrid sein Programm entwickelt. Die Sozialisten, so meinte er, wären nun genug, ja über Gebühr für ihre Hilfe bei der Errichtung der Republik entlohnt.

„Das Land“, so erklärte er, „fühlt sich nicht republikanisch regiert, weil man zu schnell den sozialen Forderungen nachgegeben hat, ohne einer vernünftigen Entwicklung der republikanischen Ideen Rechnung zu tragen.“

Die Leser in Deutschland, die ja einige „republikanische“ Erfahrung hinter sich haben, werden wohl wissen, was solche „vernünftige Entwicklung“ zu bedeuten hat. O, Herr Lerroux ist strenger Republikaner, er kämpft nicht gegen die Republik, er will nur die „allzu stürmischen“ Schritte ein bißchen rückwärts revidieren, er will zwar nicht die Trennung von Staat und Kirche aufheben, aber doch „wohlerworbene Rechte“ und die „religiöse

Freiheit“ schützen. Auch gegen die Agrarreform will Herr Lerroux nichts Böses sagen, er ist „im Prinzip“ dafür, nur darf man natürlich auch dabei nicht „zu schnell den sozialen Forderungen nachgeben“. Bankerotte Gutsbesitzer z. B. werden sich gegen eine „Reform“ — mit ausreichender Entschädigung natürlich — sicher nicht sträuben.

Uns Genossen hier scheint es, als hätten die Bürgerlichen die deutsche „Revolution“ viel aufmerksamer verfolgt als die Sozialisten. Aber dafür sind sie auch keine internationale Partei...

Kurz und schlecht: Herr Lerroux und die radikale Partei — warum sie so heißt, hat sie längst vergessen — rüsten sich zur Machtübernahme. Die Bourgeoisie findet, daß dies zahme Koalitionskabinet schon viel zu lang am Ruder ist; als gestrenge Republikaner fürchten die Herren, daß so lang ausgedehnte Machtausübung zu usurpatorischen Gelüsten führen könnte, und um die geschätzten Kollegen vor einem so traurigen republikanischen Sündenfall zu bewahren, sind sie bereit, ihrerseits in die Bresche zu springen. Sollte solch generöses Anerbieten aber mißverstanden werden... nun, und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!

## Lappo-Putsch mißglückt?

Schonung der faschistischen Führer

Helsingfors, 1. März 1932.

Das „Finska Notisbyra“ meldet: Es scheint, daß die Regierung die völlige Kontrolle über die Lage in Händen hat. Die allgemeine Mobilisierung der Lappo-Leute ist zum größten Teil fehlerlos geschlagen. Ansammlungen von bewaffneten Lappoleuten wurden nur in einigen ländlichen Gegenden von Südwest-Finnland bemerkt. Die anderen Teile des Landes sind ganz ruhig. Die Gendarmerie befolgt die Anordnungen der Regierung. Bisher sind keine Zusammenstöße vorgekommen. Die Gerüchte von einem Befehl der Regierung zur Verhaftung der Lappoführer Kosola und Wallenius und von Bemühungen in diesem Sinne sind falsch.

Nach einer Meldung aus Helsingfors sind im Garten der Villa des Oberkommandierenden der finnischen Armee, General Sihvo, fünf Männer verhaftet worden, die allem Anschein nach der Lappo-Bewegung angehören und einen Anschlag auf General Sihvo ausführen wollten. Einer der Verhafteten war im Besitz einer Schußwaffe. Die Festgenommenen werden zur Zeit noch verhört.

## Russisches Angebot an amerikanischen Multimillionär

Denver (Colorado), 29. Februar 1932.

(Reuter)

Robert P. Lamont, der Sohn des Multimillionärs und Staatssekretärs für Handel, wird sich mit Zustimmung seines Vaters nach Moskau begeben, um ein Angebot der Sowjetregierung für die Leitung der Viehzucht in Sowjetrußland zu erwägen. Er wird sich sechs Wochen in Moskau aufhalten, ehe er seine endgültige Entscheidung über das Angebot trifft.

Rückreise Litwinoffs nach Moskau. Der russische Volkskommissar Litwinoff ist am Montag über Berlin nach Moskau zurückgereist, um, wie es heißt, an einer wichtigen Sitzung des Außenkommissariats teilzunehmen.

Kommunalbeamtenstreik in Polen? Am Sonntag wurde in Warschau auf der Tagung des Hauptverbandes der Kommunalbeamten und städtischen Angestellten beschlossen, am 1. März im ganzen Lande zum Zeichen der Verwahrung gegen die drei beabsichtigten Spargesetze der Regierung einen Tag zu streiken. In Warschau allein dürften demnach am 1. März ungefähr 20 000 Kommunalbeamte in den Streik treten.

## Mildes Urteil gegen christliche Bankrotteure

Sie haben keinen Luxus getrieben

Berlin, 1. März 1932.

Im Prozeß gegen den Kaufmann Friedrich Paul Runck, das frühere Vorstandsmitglied der Evangelischen Zentralbank und dessen Bruder, den Diplomkaufmann Adolf Runck hatte der Vertreter der Anklagebehörde gegen Paul Runck wegen Verbrechens gegen das Bankdepotgesetz, wegen Bilanzverschleierung, wegen fortgesetzten Betrages zur Benachteiligung der Kunden der Zentralbank und wegen gemeinschaftlichen Betrages zum Schaden des Zentralausschusses für Innere Mission bzw. des Deutschen Reiches drei Jahre Zuchthaus beantragt. Gegen Adolf Runck wegen gemeinschaftlichen Betrages zum Nachteil des Zentralausschusses für Innere Mission bzw. des Deutschen Reiches und wegen Beihilfe zur Depotunterschlagung 2 Jahre 8 Monate Gefängnis.

Aber die Betrüger fanden milde Richter. Das Schöffengericht verurteilte Friedrich Paul Runck wegen Depotverbrechens und Bilanzverschleierung zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis, Adolf Runck wegen Beihilfe zum Depotverbrechen und zur Bilanzverschleierung, sowie wegen Betrages gegen den Zentralausschuß für Innere Mission und das Reich zu zwei Jahren Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde den Angeklagten voll angerechnet.

Das Gericht hat den Angeklagten mildernde Umstände für das Depotverbrechen zubilligt, weil den Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie Luxus getrieben haben.

Diese Begründung muß man sich merken. Wie steht es mit Arbeitslosen, die wegen der geringsten Vergehen schwere Strafen erhalten? Sie haben wahrlich „Luxus“ getrieben — wenn sie sich einmal satt gegessen haben.

## Natürlich!

Ein bezeichnender Interessentenprotest

In einer Vorstandssitzung des Reichskartells des selbständigen Mittelstandes am Montag vormittag wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. dagegen Einspruch erhoben wurde, daß Preisverordnungen durch Rundfunkbekanntgabe, wie dies bei der Brotpreisbildung am Sonntag geschehen ist, Gesetzeskraft erlangen sollen.

## Stahlbad-Belange gesetzlich geschützt

Neue Anklage gegen „Weltbühne“

Systematisch geht das Kabinet Brünning-Groener — bekanntlich der „eiserne Wall“ gegen den Faschismus — vor, jedes böse Wort gegen „Stahlbad-Belange“ unmöglich zu machen. Eben ist das „Andere Deutschland“ auf drei Monate verboten worden, nur weil es das der deutschen Öffentlichkeit bekannt gibt, was die ganze Welt liest, und schon ist vom Oberstaatsanwalt wieder eine Anklage gegen die eben erst verurteilte „Weltbühne“ erhoben worden.

In der „Weltbühne“ erschien am 4. August 1931 unter der Ueberschrift: „Der bewachte Kriegsschauplatz“ ein Artikel des im Ausland lebenden Schriftstellers Dr. Kurt Tucholsky unter seinem bekannten Pseudonym Ignatz Wrobel. In diesem Artikel lautete eine Stelle:

„Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratkilometer Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon streng verboten war. Sagte ich Mord? Natürlich Mord. Denn Soldaten sind Mörder.“

Reichswehrminister Groener erblickte in diesen Ausführungen eine schwere Verunglimpfung des Soldatenstandes und stellte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur. Die Staatsanwaltschaft schloß sich diesem Standpunkt an und erhob Anklage wegen Beleidigung der Reichswehr. Der Prozeß gegen Ossietzky dürfte demnächst vor dem Schöffengericht Charlottenburg stattfinden.

Ja, wie konnte Tucholsky auch so unvorsichtig sein! Dem Menschenbruder vom feindlichen Stamm das Bajonett in den Bauch zu rennen und darin umzudrehen, nein, das war nicht Mord, das war doch Gottesdienst! Das war Dienst am Volke! Das war edelstes Heldentum! So haben wir es doch 1914 bis 1918 gelernt. Und was 1914 bis 1918 gut war, soll das 1932/33, oder wenn der nächste Krieg kommt, schlecht und gar Mord sein? Dann hätte ja womöglich niemand Freude an einem neuen Stahlbad! Und das ist doch so gesund! Bekommt so gut! Fragt nur an der richtigen Stelle nach. Die Adresse ist beim Parteivorstand der SPD zu erfahren.

Gandhis Sohn zu Gefängnis verurteilt. Der Sohn Gandhis, Davidas, ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

# Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

21. Fortsetzung

## Die Geheimhaltungspflicht

Wenn zu dem Zeitpunkt, da das Urteil gefällt wurde, in der Öffentlichkeit nur seine Gründe bekanntgewesen wären, so würde der Spruch — dessen darf man versichert sein — heute nicht mehr existieren.

Nur die Geheimhaltungspflicht hat das Urteil des Vierten Strafsenats vom 11. Dezember 1925 bis heute vor der Nichtigkeit bewahren können.

Allein der gehässige, gegen den Angeklagten mit eifertig zusammengesuchten häßlichen Vokabeln wütende Ton, allein die haßvoll gegen den Angeklagten zusammengetragenen Indizien, die zum Teil wenigstens nicht Indizien für die behauptete Schuld Bullerjahns sind, hätten hingereicht, diesen Haß-Spruch zu erschüttern und sein Opfer nach verhältnismäßig kurzer Haft zu befreien.

## Rüstungskapital bewirkt Unrecht

Um das so anfechtbare Urteil zu schützen, das zerfallende Papier vor den hellen und durchdringenden Strahlen der Wahrheit zu bewahren, erfand man die Geheimhaltungspflicht. Staatsinteressen standen längst nicht mehr auf dem Spiel. Die Waffen waren von der Kontroll-Kommission gefunden und verschrotet. Was war noch Geheimnis?

Geheimnis sollte bleiben für alle Zeit die Person des Angebers, des Exponenten der Rüstungsindustrie, der hier einen kleinen Mann, einen Angestellten mit arglistig erschlicher Beihilfe von Justiz- und Kriminalpolizei-Beamten zur Strecke bringen wollte,

weil er von seinem Wissen um die heiligsten Güter der Industrie Nachteil für seine Person und Aufdeckung seiner unsauberen Geschäfte fürchten mußte oder glaubte, fürchten zu müssen.

Hinter dem Urteil aber stand niemals das Recht, sondern bloß die Rüstungsindustrie.

## Nach dem Urteil

Bullerjahn hatte den Spruch, der ihn aus der Liste der Lebenden streichen mußte, wenn das Urteil nicht umzustoßen war, mit der gleichen Fassung entgegengenommen, die er die ganze Dauer des Verfahrens hindurch bewahrt und besonders in den nervenzerreißenden Stunden der Hauptverhandlung bewahrt hatte. Ein Wunder war es nicht, daß er alsbald danach mit seinen Nerven zusammenbrach.

Sein Verteidiger hatte ihm zwar versichert, daß er fest an seine Unschuld glaube und alles versuchen werde, das Urteil zu erschüttern; er hatte ihn aber auch zu gleicher Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß dies furchtbar schwer sein werde, da ihm die Zunge ganz gebunden sei. Er erstattete jedoch sehr bald zunächst Strafanzeige gegen den Zeugen Porath, dessen Aussage ihm am meisten angreifbar erschien. Er war der Meinung, daß ohne jede Frage ein kräftiger Wille hinter dem Zeugnis des alten Mannes verborgen war, daß hier eine Anstiftung begangen war zu einer falschen Aussage,

deren Tragweite der Aussagende selbst gar nicht abzuschätzen gewußt hatte.

Bullerjahn wurde zuerst ins Zuchthaus Sonnenburg überführt und blieb dort über ein Jahr lang. Zunächst blieb die Öffentlichkeit ohne jede Kenntnis von dem

Fall Bullerjahn. Erst im Dezember 1926, ein Jahr also nach dem Urteilsspruch veröffentlichte der Rechtsanwalt Dr. Schweitzer in der Zeitschrift des Republikanischen Richterbundes „Die Justiz“ einen Aufsatz, der sich aber ausschließlich auf die rein juristische Behandlung der Frage des Zeugnis vom Hörensagen beschränkte und nur dunkel die Umrisse der Persönlichkeit des Vertrauensmannes ahnen ließ. Trotzdem wirkten Schweitzers äußerst vorsichtig gehaltene Mitteilungen

wie ein Schuß aus der Alarmkanone; die Korrespondenz „Zeit-Notizen“ nahm den Fall Bullerjahn auf und trug die Kenntnis von den eigentümlichen Praktiken der Leipziger besonders in die sozialistische Provinzpresse.

Die beiden Brüder des Verurteilten suchten jetzt systematisch die Redaktionen der großen Zeitungen auf und suchten sie für das Schicksal Walter Bullerjahns zu interessieren. Nachhaltige Erfolge fanden sie jedoch zunächst nicht. Die Blätter blieben stumm. Zu groß

war noch der unheimliche Bann, den Leipzig um seinen Spruch gelegt hatte, und nach und nach erst wagten wenige einzelne sich an das „heiße Eisen“. Im März 1927 veröffentlichten wieder die „Zeit-Notizen“ Details aus dem Prozeßgang und holten sich damit ein Verfahren auf Grund des § 11 des Spionagesgesetzes vom 3. Juni 1914, das die Veröffentlichung von Nachrichten aus einem Landesverratsprozeß verbietet.

(Weitere Artikel folgen.)

## „Versammlungsfreiheit“

Berlin, 1. März 1932.

Die Kommunisten veranstalteten am 5. Februar in Moabit in den Nachmittagsstunden zwischen fünf bis sieben Uhr einen Demonstrationzug, in dem gegen den japanischen Imperialismus Propaganda gemacht wurde. Aus dem Demonstrationzug nahm die Polizei eine Anzahl von Kommunisten fest. Acht dieser Kommunisten wurden am Montag den Schnellschöffengericht vorgeführt, das die Kommunisten teilweise wegen Vergehens gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. 3. 31. teilweise wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt zu Gefängnisstrafen von ein bis drei Monaten verurteilte.

## Um Loeskes Erbschaft

Revision gegen Kammergerichtsurteil verworfen.

In dem Prozeß um das Loeske'sche Testament hat der vierte Zivilsenat des Reichsgerichts am Montag die letzte Entscheidung getroffen. Die Klägergruppe Wolf und Nebenintervenienten, die die Nichtigkeit des Testaments des im Oktober 1929 verstorbenen Berliner Kunsthändlers, Juweliers und Industriellen Albert Loeske, vom Gericht bescheinigt haben wollten, sind abgewiesen worden. Die Revision der Gruppe Wolf und Nebenintervenienten gegen das Urteil des Kammergerichts Berlin, wobei Blaustein und Genossen die Beklagten waren, ist vom vierten Zivilsenat des Reichsgerichts verworfen worden.

## Gerichtsentscheidung gegen Jesuiten

Madrid, 1. März 1932.

Der Oberste spanische Gerichtshof hat den von der Gesellschaft Jeau erhobenen Einspruch wegen ihrer Auflösung und der Einziehung ihres Besitzes verworfen.

## Pfahlbaudörfer in der Schweiz

Durch das starke Sinken des Wassers hat man im Genfer See Pfahlbaudörfer entdeckt, deren Ursprung dreitausend Jahre zurückliegen dürfte. An den Pfählen konnte man noch deutlich Spuren einer Feuersbrunst feststellen. U. a. fand man interessante Schmuckgegenstände und Werkzeuge. Eine größere Anzahl durchlöcherter Steine, die ebenfalls zutage gefördert wurde, diente offenbar als Zahlungsmittel.

## Fünfjahrplan in Mittelasien

Die Baumwollanbaufläche hat sich verdoppelt, die Produktion stieg in drei Jahren wertmäßig von 260 Millionen auf 700 Millionen Rubel. Neben der Turksibbahn wurden zirka 600 Kilometer neuer Eisenbahn gebaut. Die allgemeine Schulpflicht wird durchgeführt.

Diese Tatsachen entnehmen wir der „Moskauer Rundschau“, die über die Erfüllung des Fünfjahrplans in allen Teilen der Sowjetunion ausführlich berichtet. Die „M. R.“ ist zu beziehen durch ihre deutsche Auslieferung, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48.

## Kostspielige Angelegenheit

Paris, 1. März 1932.

Die Regierung hat in der Kammer einen Kredit von 17 000 000 Francs zur Deckung der Kosten für die französische Teilnahme an der Abrüstungskonferenz beantragt.

## Ein neuer Planet

Rom, 1. März 1932.

Vor dem Turiner Observatorium ist nach einer Mitteilung des Direktors Professor Volpe ein kleiner Planet in der Nähe des Großen Bären in der Größe von 13,5 festgestellt worden.



## Achtung! Süd- und Südwest-Funk!

„Wir übertragen jetzt (23.30 Uhr) auf Schallplatten einen Hörbericht aus Frankfurt vom 4. Hallensportfest des Kartells für Arbeitersport und Körperpflege im Arbeiter Turn- und Sportbund.“

Der Rundfunksprecher gibt nun ein Gesamtbild, erwähnt die disziplinierten Sportler, spricht von den kräftigen Gestalten, die auf der Radrennbahn verteilt sind und auf ihren Start warten, von der mustergültigen Organisation und der ganz auf Massensport eingestellten Veranstaltung und teilt mit, daß Frankfurt auf diese großartigen Vorführungen der Arbeiterorganisation nicht mehr verzichten könne.

So in Frankfurt! In der „Provinz!“

Hier hat man vom Gedanken und Wirken des Arbeitersportes eine andere Meinung. Man bringt den Hörern, die ja zum größten Teil aus Arbeitern bestehen, nicht nur die Sportberichte der Organisationen, sondern auch einen Ausschnitt vom Hallensportfest.

In Berlin werden auch Sportberichte gegeben, aber grundsätzlich keine Resultate der Vereine von Arbeiterorganisationen. Zwei bürgerliche Reportagen an einem Tage (Rugby in Charlottenburg und Akademische Ski-Meisterschaften), jedoch kein Wort vom Hallensportfest der Arbeitersportler. Wie lange soll diese Zurücksetzung in der Hauptstadt unserer freien Republik noch andauern? Wird der Intendant des Berliner Rundfunks nun endlich den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft Rechnung tragen, oder weiß er gar nicht, daß etwa 35 000 Mitglieder allein in Berlin in den Vereinen des Arbeiter Turn- und Sportbundes zusammengeschlossen sind?

Merkt denn die Berliner Sendegesellschaft gar nicht, daß sie auch hinsichtlich der Sportberichte noch weit hinter dem Ruxendorfer Sender zurück ist? Es muß wirklich angenommen werden, daß in der Sportberichterstattung des Berliner Senders die Meinung vorherrscht, die Arbeitersportler seien Sportler 2. Klasse. Der Rundfunk ist eben parteipolitisch neutral...

## Japanische Räuberbande im Kampf



Pardon — das ist natürlich reguläres japanisches Militär, das in den Straßen Schanghais unter dem wohlwollenden Protektorat des Völkerbundes die chinesischen Einwohner wie Hasen abschießt.

JUNO  6 Stück 20 <sup>8</sup>

## A Frankfurt a. M.

Nötling voraussichtlich Spitzenkandidat der SPD, In der letzten Delegiertenversammlung der SPD wurde Nötling als Spitzenkandidat für den preußischen Wahlkampf vorgeschlagen. Außerdem wurde Bertha Jordan für eine sichere Stelle vorgeschlagen. Von Opposition — trotz Hindenburgwahl — war in dieser Versammlung nichts zu spüren. Das sollte all jenen sozialdemokratischen Genossen zu denken geben, die immer noch an eine Kursänderung glauben.

Die Mieter der Friedrich-Ebert-Siedlung nahmen eine Resolution an, die zur Wahl des proletarischen Reichspräsidentenkandidaten Ernst Thälmann auffordert.

Der Rhein-Mainische Arbeitgeberverband hat den Lohnstarif für Gemeindeführer des Rhein-Mainischen Tarifgebietes zum 30. April 1932 gekündigt.

## Neub

Genossin Torhorst (KPD) spricht in einer RGO-Versammlung gegen Einheitsfront. So oft auch die Kommunisten versuchen, durch ihre Versammlungen die Einheitsfront zu schaffen, stets ist der Ausgang der Versammlungen der gleiche: „Jawohl, wir sind für Einheitsfront, aber nur unter Führung der KPD.“ Das war auch in dieser Versammlung der Fall. Genossin Torhorst, die über „Kampf dem Reformismus“ sprach, hat noch immer nicht begriffen, daß sein Erstarren gerade in der heutigen Zeit, wo dem Reformismus jeder rechte Boden fehlt, nur möglich war, durch die ultralinke Taktik der KPD, daß also ein gut Teil Schuld die Kommunistische Partei an dem Erstarren des Reformismus hat. Genossin Torhorst tat als „echte KPDistin“ das Gegenteil, mit Fanatismus verteidigt sie die Linie der KPD. So war ihr ganzes Referat auf die These aufgebaut: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“ Eine Resolution, die sich gegen die SAP aussprach, wurde mit nur zirka 30 Stimmen von über 500 Besuchern angenommen. Unsere Aufgabe muß in der Zukunft sein: In jede kommunistische Versammlung unsere Genossen und Aufklärung über die KPD schaffen, um die Arbeiter davon zu überzeugen, daß die Schaffung einer wirklichen Einheitsfront nicht Aufgabe einer Partei, sondern aller revolutionären Arbeiter ist und nur die Partei die Führung haben wird, die beweist und fähig ist, die Massen zu erfolgreichen Aktionen zu führen.

## Marten

Der Volksbund für Geistesfreiheit hatte einen Werbe-Abend veranstaltet. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete der Vortrag unserer Genossin Marie Dauer, Herne: „Die Frau im Kampfe um Freiheit und Recht.“ Kurz nach Ostern spricht Genossin Marie Dauer in einer öffentlichen Frauen-Versammlung in Marten.

## Hörde

Wo endet dieser Weg? Hörde ist in der glücklichen Lage, ein Denkmal eines Mannes zu besitzen, dessen markantester Ausspruch war: „Ich hasse die soziale Revolution wie die Sünde.“ An diesem Denkmal veranstaltete die „Eiserne Front“ von Groß-Dortmund und weit darüber hinaus eine Ebert-Gedenkfeier und Gefallenen-Ehrung. Da wir in Dortmund einen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten haben, wurde das Demonstrationsverbot aufgehoben. Leber die Schlupflücker lassen wir die Volkszeitung sprechen: „Des Volkes Wohl ist mein Lebensziel.“ Ein jeder unserer gefallenen Helden hat es erfüllt. Der größte Teil von ihnen war hinausgezogen für ein freies und neues Deutschland. Als 1918 der alte morsche Staat zusammenbrach, hob Fritz Ebert aus den Trümmern den neuen Staat, die demokratische Republik, hervor und wurde damit auch der Vollstrecker des Willens dieser Toten.“ Zum Schluß der Feier wurde gemeinsam gesungen die dritte Strophe des Deutschland-Liedes. Man sieht, daß die SPD auf dem besten Wege ist, die Stimmung für den kommenden Krieg wach zu halten.

## Stralsund

Der Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet am kommenden Mittwoch, 2. März 1932, eine Führung durch die Käthe Kollwitz-Ausstellung. Sie beginnt um 20 Uhr und wird gegen 22 Uhr beendet sein. Eintrittspreis 20 Pf. Die Karten werden in der Vorpommernbuchhandlung ausgegeben. Die Leitung dieser Führung hat Studienassessor Hoffmeister-Franzburg übernommen.

Die Stadtbücherei veranstaltet in ihrem Lesesaal, Badenstr. 13, am Mittwoch, dem 2. März 1932, um 20 Uhr, eine Vorlesestunde unter dem Thema: „Der blinde Passagier.“ Der Eintritt ist für alle Teilnehmer frei.

Senkung der Fährgeldder bei der Fährergesellschaft Altfähr m. b. H. Die Fährgeldder für Kraftfahrzeuge und Fahrräder sind mit Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz Pommern (Wasserbaudirektion) um durchschnittlich 20 Prozent gesenkt worden. Neu ist ferner die freie Beförderung des Kraftwagenführers von Lastkraftwagen und vierrädrigen Personenkraftwagen.

Der Wahlkampf beginnt. Die Hindenburganhänger von Dingeldey bis Weis haben ihre erste „Kundgebung“ angesetzt. Die sogenannte „Volkspartei“ tritt zuerst auf den Plan und läßt: Mdr Freggatenkapitän Hintzmann über „Unser Kampf für Hindenburg“ sprechen.

## Altona

Erste öffentliche Volkerversammlung Freitag, 4. März, 20 Uhr, in Pabst's Gesellschaftshaus, Königstraße. Referent: Genosse A. Portuné, Frankfurt a. M., Reichstagsabgeordneter. Freie Aussprache! Genossen und Genossinnen, sorgt für zahlreichen Besuch. Der Hamburger Schutzbund ist vollzählig rechtzeitig zur Stelle. Besucher aus Hamburg und Umgegend sind herzlich willkommen.

## Köslin

Sechs Arbeiter verhaftet! Das provokatorische Verhalten der verhetzten Naziproleten hat es mit sich gebracht, daß Zusammenstöße mit diesen erfolgten. In der letzten Woche wurden Arbeiter, die aus einer Naziversammlung kamen, von aus der Umgegend zusammengezogenen Nazitrupps planmäßig überfallen. Mit Blendlaternen machte man es den Angegriffenen unmöglich, sich zu wehren, und schlug dann mit Eisenstangen und Stahlruten auf die Arbeiter ein. Die Polizei erfährt von diesen Dingen nichts, sie erfährt auch nichts, wenn die Nazis auf dem Kösliner Exerzierplatz unter den Augen der Polizei einen regelrechten Beobachtungsdienst ausübt, der auf die Schupokaserne gerichtet ist. Am letzten Freitag kam es vor dem Kösliner Arbeitsamt zu Zusammenstößen, wobei die Nazis weniger schlecht abschnitten. Einwandfrei wurde festgestellt, daß diese die Zusammenstöße provozierten, unterstützt von etlichen ihrer Parteifreunde aus der Umgegend. Die Polizei, die natürlich verspätet eintraf, mußte sich mit der Durchsuchung der Proleten nach Waffen begnügen, allerdings ohne Erfolg. Als aber die Polizei aufmerksam gemacht wurde auf ein gegenüberliegendes Haus, in dem die Helden des dritten Reiches verschwanden, hatte sie taube Ohren. — Der Pressedienst der Polizeiverwaltung berichtet in einer kurzen Notiz davon, daß natürlich die Kommunisten an den Vorfällen schuld seien. Im Laufe des Freitags verhaftete man dann auf die Aussagen der Nazis hin sechs Arbeiter, die, wie verlautet, vor dem Schnellrichter abgeurteilt werden sollen. Den Nazis wird offenbar kein Haar gekrümmt.

## Binz

Unterschlagungen bei der Krankenkasse. Der Krankenkassenverband Binz ist Veruntreuung des Leiters der Hebestelle, Reichler, auf die Spur gekommen. R. hat 1800 RM unterschlagen. Von diesem Betrag ist die Hälfte durch sofortige Beschlagnahme der Wohnungseinrichtung gedeckt, während für die restlichen 900 RM Bürgschaft vorhanden ist. R. ist sofort seines Amtes enthoben und Strafantrag gegen ihn gestellt worden. Das ist in kurzer Zeit der dritte Fall auf Rügen, daß Krankenkassenangestellte Griffe in die Kasse taten.

## Gützkow

Die Kirchmann-Versammlung vor dem Schöffengericht. Die am 18. November v. J. hier mit Kirchmann abgehaltene öffentliche Versammlung hatte infolge des Verhaltens einiger Nationalsozialisten ein gerichtliches Nachspiel, welches zuungunsten der SPD ausfiel. Zwei SPD-Genossen wurden, weil sie in berechtigter Weise wegen einer Versammlungstörung die Nazis angegriffen hatten, wegen Körperverletzung zu 5 bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Nazistudent Lohmann, welcher durch den Zwischenruf: „Sie Lügner“ (gegen Kirchmann gerichtet) den Skandal veranlaßt hatte, erhielt dafür eine Geldstrafe (?) von 1000 RM. Dieser Prozeß hat sich würdig an die bisherigen angelehnt. Und die SPD ebnet ihr durch die falsche Tolerierungspolitik den Weg, damit sie ganz legal die Macht bekommen. Nur die Einheit der Arbeiterklasse kann dieses Ziel noch verhindern, und zwar im rücksichtslosen Kampf.

## Ratzen

Die „Preissenkung“ marschiert. Eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer für das Rechnungsjahr 1931 wurde vom Bürgermeister notverordnet, für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke von 180 auf 200 Proz., bei den übrigen Grundstücken von 180 auf 205 Proz. Das bedeutet natürlich für die Hausbesitzer Erhöhung der Mieten. Durch Zahlungserleichterungen auf 12 Monate verteilt, macht dies eine einprozentige Erhöhung der Miete ab 1. März aus.

## Wolmirstedt

Die Gußeisernen „sammelt“ Unterschriften. Vor einiger Zeit berichteten wir, wie man in einem hiesigen Betriebe Unterschriften für die Kandidatur Hindenburgs gesammelt hat. Letztlich „sammelten“ die Gußeisernen in diesem gleichen Betriebe Unterschriften, in der Hoffnung, daß es auch hier möglich sein würde, ohne „wirtschaftlichen Druck“ die Arbeitnehmerschaft für die Wahlfondsgelder der SPD zu begeistern. Inzwischen war die Widerstandskraft der Betriebsbelegschaft gestiegen. Trotz verschiedener Unterschriften, zu denen auch die eines schleimenden Betriebsratsmitgliedes gehörte, lehnte es der größte Teil der Arbeitnehmerschaft ab, die Listen der bereits stark verrosteten gußeisernen Front, die nur ein Wahlgeldsammelbecken der SPD ist, auszufüllen. Es ist hier nicht mehr ganz so leicht, wie im Magdeburger Konsumverein, wo die Lagerhalter nach einer „kleinen Anregung“ einstimmig beschlossen, vier Monate je 5 RM Beitrag pro Lagerhalter an die „Eiserne Front“ zu zahlen. Die Eisernen und mit ihnen die SPD brauchen Kapital, um ihre kapitalistische, arbeiterschädliche Politik großzügig verteidigen zu können. Uns ist es nunmehr völlig verständlich, daß z. B. die „Magdeburger Volkstimme“ neulich in Tausenden und Abertausenden von Exemplaren unentgeltlich verbreitet wurde. Das ist „Auf-

klärungsarbeit“ für die tolerierungswütige Politik der SPD, damit die Proleten nicht so schnell merken, wie sehr sie von der SPD ins Verderben toleriert wurden, und damit die Arbeiter nicht allzusehnell den Weg zur proletarischen Einheitsfront finden, die gewillt ist, auch gegen den Willen eines verbürgerlichten Parteiapparates den Sozialismus zu erkämpfen.

## Kelbra

Nazi-Rowdies. Die Zeitungskästen der SAP und KPD scheinen den Nazis arg im Magen zu liegen. Vor einigen Tagen hatten sie unsere Kästen geöffnet, die Zeitungen herausgenommen und ein großes Hakenkreuz hineingerallt. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag haben sie den Kasten der KPD aufgebrochen und stark beschädigt. An die Arbeiterschaft richten wir daher den Appell, die Augen offenzuhalten und diesen Rowdies im Wiederholungsfalle auf die Finger zu klopfen.

## Untermolbitz

Was sagt die Thüringer Regierung dazu? Der Gesamtbelegschaft gekündigt und Stilllegung bei der Thüringer Regierung beantragt, so lautete der Aushang auf der Grube Untermolbitz. Die Grube hatte erst im Mai v. J. ihren Betrieb wieder eröffnet, nachdem das Werk schon einmal 15 Monate stillgelegt hatte. In der jetzigen Zeit konnte aber auch die Belegschaft von einem glänzenden Geschäft nicht reden, da fast jede Woche noch 1-3 Feierschichten gemacht wurden.

## Schmölln

Rote Klassenfront. Daß die SPD nicht den Mut aufbrachte, sich an einer gemeinsamen Besprechung mit uns und den Kommunisten zu beteiligen, konnten wir uns denken. Daß aber die Kommunisten selbst kein Interesse an der Bildung eines Wahlkartells für Thälmann haben, erfahren wir erst durch einen sogenannten offenen Brief, den sie an Stelle einer Antwort auf unsere Einladung an unsere Genossen schicken. Sie können es einfach nicht begreifen, daß wir mit ihnen zusammenarbeiten wollen, daß wir es aber ablehnen, uns ihrem Kommando unterzuordnen. Die KPD-Führer verstehen es ebenso wenig wie die SPD-Führer, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nicht das Werk ihrer Partei, sondern nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann. Wir bemühen uns um die Herstellung einer Klassenfront — unbeschadet der Unterschiede zwischen den proletarischen Parteien. Wir wählen Ernst Thälmann als Arbeiter, nicht den Vorsitzenden der KPD. Darüber wollten wir uns mit ihnen besprechen; um durch gemeinsames Vorgehen der Parole Thälmann größere Schlagkraft zu verleihen. Die SPD will nichts mit dem Arbeiterkandidaten zu tun haben; sie will Brüning-Hindenburg, die Verantwortlichen der Notverordnungen. Die KPD darf nicht! Die Zentrale erlaubt das nicht. Ob die kommunistischen Arbeiter wollen oder nicht: die Zentrale bestimmt! Und da wundert sie sich immer noch, daß die Arbeiter trotz aller Not, trotz aller Abneigung vor der SPD, nicht in Scharen zu ihnen gelaufen kommen. Die Arbeiter lassen sich weder vom Apparat der SPD, noch von der Zentrale der KPD, kommandieren; sie kommen zur SAP. (Wir haben diese Woche wieder vier Genossen gewonnen!). Den Schmöllner KPD-Genossen mag die Ablehnung unseres Vorschlags schwer gefallen sein. Darum antworten sie nicht uns als Ortsgruppe, sondern sie schreiben jedem unserer Genossen, sind allerdings so naiv, zu glauben, daß wir ihnen dazu die Adressen unserer Genossen liefern! In diesem „offenen Brief“ werfen sie uns vor, daß wir mit den SPD-Ortsführern verhandeln wollten. Das ist sozusagen „Arbeiterverrat“. Wir meinen, daß es im Interesse der Arbeiterklasse gelegen hätte, wenn sich auch die SPD-Genossen an der Aussprache beteiligt hätten; sie konnten sich für den Arbeiter Thälmann oder für den Gegenrevolutionär Brüning erklären.

„Offener Brief Nr. 3.“ So heißt ein weiteres Schreiben des SPD-Genossen Otto Kaufmann, das uns ein günstiger Wind auf den Tisch brachte. Es ist ja geradezu charakteristisch für die in der SPD herrschende Meinungsfreiheit, daß ein aktives Parteimitglied, das sich über allen eisernen Rummel noch ein wenig Denken bewahrt hat, sich nur noch mit Hilfe von offenen Briefen helfen kann. In der Presse läßt man diesen scharfen Kritiker nicht aufkommen, in den Mitgliederversammlungen möchte man ihm auch einen Maulkorb umhängen. So soll nach sicherer Information tatsächlich eine Kommission gebildet werden, die eine auf Kaufmann zugeschnittene Geschäftsordnung beraten soll! Und das in einer sogenannten „linken“ Ortsgruppe. Wir kommen noch darauf zurück!

## Arnstadt

Genosse Karl Kraus tot. Am Sonntag verstarb nach schwerem Leiden unser Genosse Karl Kraus. Schon in früher Jugend fand er den Weg zur sozialistischen Arbeiterbewegung. Besonders in der Vorkriegszeit war er einer der aktivsten Parteigenossen. Wenn er in der letzten Zeit nicht aktiv in der Bewegung tätig sein konnte, so nahm er doch regen Anteil an den Ereignissen. Er war einer der ersten, die sich zur SAP bekamen. Eine Lungenentzündung setzte seinem Wirken ein Ende. Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden.

## Steuerscheu des Besitzes

Rückgang der Steuereinnahmen  
Im Monat Januar 1932 betragen die Einnahmen des Reichs bei den Besitz- und Verkehrssteuern 454,8 Millionen RM, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 275,7 Millionen RM, insgesamt 730,5 Millionen RM.

Gegenüber dem Januar 1931, dem entsprechenden Monat des Vorjahres, sind im Januar 1932 an Besitz- und Verkehrssteuern 260,6 Millionen RM, an Zöllen und Verbrauchsabgaben 40,8 Millionen RM, zusammen 301,4 Millionen RM weniger aufkommen.

Auffallend ist besonders der starke Rückgang an Besitzsteuern. Dieser wird in Kürze noch größer werden, nachdem der Finanzminister die Hälfte aller Besitzsteuern zinslos gestundet hat.

## Berechtigtes Mißtrauen gegen Schiele

Berlin, 1. März 1932.

Die Funktionäre des gesamten Groß-Berliner Bäckergewerbes tagten gestern abend im Germania-Saal. Sie hatten vorher eine Aussprache mit dem Preiskommissar Dr. Goerdeler. Dieser versicherte ihnen, daß Minister Schiele dem Druck nunmehr nachgegeben habe und daß für Berlin 30 000 Tonnen Roggen bereitgestellt seien. Dieses Quantum reiche für drei bis vier Wochen aus. Die Bäcker sollten sich verpflichten, für die Dauer dieser Zeit unbedingte an jetzigen Brotpreis (45 Pf. für Kleinbäckereien und 48 Pf. für Großbäckereien) fest zu halten. Darauf wurde ihm erwidert, daß man

solche Versprechungen des Ministers nun schon seit 1/2 Jahren kenne

und daß die Funktionäre von sich aus keine Parole über dieses Einhalten des Brotpreises geben könnten. Im übrigen habe Goerdeler selbst zugestanden, daß das Verbot, in Berlin den Brotpreis in dieser Woche zu erhöhen, als zu weitgehend nicht haltbar sei. Es wurde dann mitgeteilt, daß am Mittwoch eine allgemeine Versammlung des Berliner Bäckergewerbes stattfindet, in der darüber entschieden werden sollte, welche Haltung man in der Brotpreisfrage weiterhin einnehmen wolle.

## Professor Sombart über „Planwirtschaft“

Im Rahmen eines Vortrags vor der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft äußerte sich der ehemalige Marxentdecker, spätere Marxtöter, Professor Sombart, über die Möglichkeiten einer Planwirtschaft. Sie könne jedenfalls nicht vom Völkerbund ausgehen, sondern nur vom nationalen Gesichtspunkt (!) aus erfolgen. Unter Planwirtschaft dürfe man keine Vorstellung einer bestimmten Wirtschaft haben. Jede vollkommene Planwirtschaft werde eine Fülle von Wirtschaften aufweisen.

Am Schluß seiner Betrachtung ging Sombart auf die Frage der Autarkie ein. Die Linie der Autarkie müsse fortgesetzt werden im Wege einer sinnvoller Gestaltung der Wirtschaft von einem einheitlichen Ganzen aus. Auf diesem Wege lagen die Zollunionen, Kontingentierungen und die Präferenzzölle im Gegensatz zu der, wie Sombart sich ausdrückte, unglückseligen Meistbegünstigungsklausel.

Rückwärts zu den selbst von den vernünftigeren unter den bürgerlich-liberalen Wirtschaftlern als sinnlos erkannter Wirtschaftsmethoden — das ist die ganze Weisheit des Berliner Professors.

## Organisationsnachrichten

SAP Bezirk Magdeburg-Anhalt: Montag, 7. März, 19 Uhr, wichtige Sonderkonferenz in der Wohnung des Gen. Bergfeld, Magdeburg, Siedlung Reform, Fildersweg 1. Jede Ortsgruppe entsendet auf ihre Kosten einen Vertreter, Gen. Siemsen (M.d.B.) nimmt als Vertreter des Hauptvorstandes teil. Mitglieder des Bezirksvorstandes vollzählig erscheinen.

SAP Röhle a. Harz: Donnerstag, 3. März, öffentliche Versammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Ziegler-Breslau. Thema: „Soll Hitler siegen?“

SAP Calnsdorf: Donnerstag, 3. März, Funktionärsitzung beim Gen. Reinhold, Anfang 20 Uhr. Montag, 7. März, Ortsgruppenversammlung im Turnerheim, Anfang 20 Uhr.

SAP Cunewalde: Gen. Walter Fabian spricht Donnerstag im „Saachischen Hof“ in offener, öffentlicher Versammlung über: „Hindenburgfront oder rote Einheitsfront?“

Marxistische Arbeitsgemeinschaft Cunewalde: Jeden zweiten Dienstag Zusammenkunft. Nächste Zusammenkunft 15. März; Thema: „Politische Tagesfragen.“

SAP Düsseldorf: Distrikt Gerresheim: Sonntag, 6. März, 19 Uhr, im Lokal Hartmann, Schönaustr., Frauenversammlung. Referentin: Genossin Kersting. Sympathisierende können eingeladen werden. — Distrikt Oberbilk: Sonntag, 10. März, beim Genossen Christiani, Eilerstr. 166, Treffpunkt der Funktionäre zur Zeitungsaktion. — Ortsverein: Bildungskurs Montag, 7. März, 20 Uhr, bei Katzenstein, Antonsstr. 15. Einführung in den dialektischen Materialismus. Genossin Reichenbach; Dienstag, 8. März, 20 Uhr, bei Katzenstein; Referenten-Schulungskursus. — Oberkassel: Heerd; Dienstag, 8. März, 20 Uhr, bei Reichenbach, Pariser Str. 149. Ursprung der Familie, Genosse Beine. — Gerresheim: Donnerstag, 10. März, bei Hartmann, Schönaustr., Politische Oekonomie. Genosse Reinmuth.

SAP und SJV Knapsack: Donnerstag, 3. März, 19 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Schumacher. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Ref. Gen. Herru Becker.

SAP Stralsund: Mittwoch, 2. März, 20 Uhr, beim Genossen Prinz, Am Ockerkanal 1, Vorstandssitzung. Erscheinen Pflicht.

Arbeiter-Bildungsausschuß Stralsund: Donnerstag, 3. März, 20 Uhr, im „Gewerkschaftsbaus“ Zusammenkunft der literarischen Arbeitsgemeinschaft. — Mittwoch, 2. März 20 Uhr, Besichtigung der Käthe Kollwitz-Ausstellung im Heimuseum unter Führung des Studienassessors Hoffmeister, Franzburg. Eintritt 20 Pfg. Karten in der „Vorpommern“-Buchhandlung abholen.

## Die Versammlungswelle

Köln

Große Versammlungserfolge für unsere Partei waren Diskussionen unserer Genossin Balabanoff mit kommunistischen Genossen in den Vororten Dellbrück und Deutz.

Knapsack

Die SPD hat in den letzten Jahren derartige Versammlungsziffern, wie wir sie heute haben, niemals aufweisen können. Die Sternberg-Versammlung war ein Bombenerfolg für uns.

Quedlinburg

In öffentlicher Versammlung schuf Genosse Jakobsen die Voraussetzungen für die Bildung der proletarischen Einheitsfront. Unsere Bestrebungen finden beim Harzer Proletariat rege Unterstützung.

Jägersgrün

Zur Frage der Präsidentenwahl sprach vor großer Besucherzahl Genosse Klaus Zweiling (Berlin). Unsere Parole, dem Arbeiterkandidaten Thälmann die Stimme zu geben, bedeutet einen großen Schritt auf dem Wege zur Einheitsfront.

Burg bei Magdeburg

Neuaufnahmen waren der äußere Erfolg eines Referats, das Genosse Lewy, Berlin, über unsere Stellung zur Reichspräsidentenwahl hielt. Es kam zu einer sachlichen Aussprache zwischen Vertretern der verschiedenen Arbeiterparteien.

## Dresden

Die Zentrale für die freie Schule Dresden feierte am 27. 2. im großen Saal des Künstlerhauses ihr zehnjähriges Bestehen. Mozartmusik leitete den Abend ein und schloß ihn. Den Höhepunkt bildete ein Referat von Dr. Wolfgang Schumann (SPD) über deutsche Kultur gestern, heute und morgen. Er entwarf in treffenden Worten ein Bild der bürgerlichen Scheinkultur des kaiserlichen Deutschlands, zeigte, was die Arbeiterschaft seit 1918 erreicht hat und betonte, daß sie bei Einsetzung aller Kräfte auf dem Wege der bürgerlichen Demokratie aller Reaktion zum Trotz zum Ziel gelangen könnte. Wenn ihr auch im Augenblick „das schwere Weltgeschick der Arbeitslosigkeit“ verwehrt, ihre Glücksmöglichkeiten auszubauen, so wird sie dennoch das „menschliche Glück der wachsenden Freiheit“, wie es die Demokratie gewährt, erkämpfen. — So Schumann, so die SPD. Wir dagegen glauben, daß die Gelegenheit, im bürgerlichen Staat etwas zu erreichen, vorbei ist. Wir finden es unverantwortlich, wenn man heute noch Massen, die den Sozialismus wollen, so falsche Hoffnungen macht, statt ihnen zu sagen, daß die deutsche Republik wie jeder andere bürgerliche Staat Instrument in den Händen der herrschenden — d. h. nicht der wählenden, sondern der besitzenden — Klasse ist.

## Freital

ZK befiehlt: Verhindert die Einheitsfront! In einer gemeinsamen Sitzung der Ortsgruppenvorstände der SAP und KPD war beschlossen worden, eine gemeinsame öffentliche Versammlung durchzuführen. Jetzt teilt nun die KPD plötzlich mit, daß „sie auf Grund der veränderten politischen Situation von einer gemeinsamen Versammlung absehen müßte.“ In Wirklichkeit liegt aber ein ganz anderer Grund vor. Wie uns ein Mitglied der Ortsleitung der KPD berichtete, hat sich das KPD-Sekretariat geweigert, für diese gemeinsame Versammlung einen Referenten zu stellen. Ähnliches geschah in den Orten Tharandt und Wilsdruff. Auf Grund der „überparteilichen Statuten“ des Kampfbundes gegen den Faschismus bildete sich in Tharandt ein starker Kampfbund. Doch die KPD-Bezirksleitung versuchte nach der Gründung alles mögliche, um aus dieser Gruppe ein Werkzeug für die KPD zu machen. Die Tharandter Genossen lehnten aber die von der KPD vorgelegten Parteibeschlüsse einstimmig ab. Daraufhin erklärte der Dresdner Sekretär des Antifaschistischen Kampfbundes: „Wir werden uns schon noch durchsetzen, und wenn 25 über die Klinge springen müssen!“ Um die weitere Einheit der Gruppe zu erhalten, beschloß man mit den Stimmen der KPD-Mitglieder den Austritt aus dem Antifaschistischen Kampfbund. Auch in Wilsdruff wurde ein solcher Kampfbund geschaffen, dem sich Syndikalist, SAP- und KPD-Arbeiter anschlossen. Auch hier erklärte die Bezirksleitung der KPD ihren Mitgliedern, falls sie sich an diesem Kampfbund beteiligten, hätten sie sich als ausgeschlossen zu betrachten. Die

## Genossen, sichert euer Wahlrecht!

Zur Reichspräsidentenwahl sind nur die Reichsangehörigen zugelassen, die in einer Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen sind. Listen und Karteien werden von der Gemeindebehörde geführt, in der der Stimmberechtigte seinen Wohnsitz hat; sie werden vom Donnerstag, dem 3. bis Sonntag, dem 6. März bei den Gemeindebehörden ausgelegt. Es ist Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, die Listen während der Auslegungszeit einzusehen oder durch eine zuverlässige Vertrauensperson einsehen zu lassen. Fehlt sein Name, so muß er dies sofort der Gemeindebehörde mit-

teilen. Eintragung in der Wählerliste ist auch Voraussetzung für die Ausstellung von Wahlschein für solche Wähler und Wählerinnen, die sich am Wahltag auf Reisen befinden. Bei der großen Arbeit, die die Anlegung der Wählerlisten für die Gemeinden bedeutet und den zahlreichen Wohnungswechsel sind Versehen bei Anlegung und Fortführung der Listen nicht ausgeschlossen. Deshalb prüfe jeder Wähler die Listen auf Richtigkeit. Die Räume, in denen die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen, werden durch Plakate oder in den Tageszeitungen bekanntgemacht.

## Eppendorf

Genossen der KPD erklärten, daß sie die Mitarbeit im Kampfbund vorziehen. — Deutlicher als in diesen drei Fällen ist wohl die „Einheitsfrontpolitik“ der KPD noch nicht entlarvt worden.

In einer von der KPD einberufenen Erwerbslosenversammlung sprach Genosse Lange, Flöha, über „Rote oder Eiserner Front?“ Natürlich erklärte er, daß die Rote Einheitsfront „nur unter Führung der KPD“ marschieren könne. Genosse Hinrichsen von der SAP forderte die SPD-Genossen auf, sich von der „Eisernen Front“ loszulösen und in die Rote Einheitsfront einzureihen. Das könne man aber nicht erwarten, wenn man diese Genossen alle Tage Verräter und Faschisten nenne. — Resolutionen, welche die Freilassung der politischen Gefangenen und die Herstellung der proletarischen Einheitsfront unter Führung revolutionärer Genossen forderten, wurden einstimmig angenommen. Anschließend wurde eine gemeinschaftliche Demonstration durchgeführt.

## Zwickau

Mißgeschick der KPD-Bürokratie. Gar zu gern möchte die KPD-Bürokratie unsere Bewegung vor ihren Partenkarrren spannen. Daher umgeht sie alle konkreten Antworten auf die Frage nach der Schaffung der proletarischen Einheitsfront. So ignorierte kürzlich die KPD-Zentrale auch die Schaffung einer einheitlichen Kampfbasis für die kommende Reichspräsidentenwahl in Cainsdorf. Dabei ist das Kuriosum zu verzeichnen, daß der einstige KPD-Vorsitzende von Cainsdorf, Gerisch, kürzlich zu den Nazis übergetreten ist, und daß in Cainsdorf nicht ein neuer Vorsitzender aus der KPD-Mitgliedschaft gestellt werden konnte. Den neuen Vorsitzenden, Geist, holte man sich aus Planitz. Die KPD-Ortsgruppe Vainsdorf, die bisher immer mit ihrer Stärke renommierte, hat kaum 20 Mitglieder, hingegen unsere SAP-Ortsgruppe Cainsdorf über 93 Mitglieder und über 50 Schutzbündler. — Wer ist das wohl der Splitter, ihr KPD-Bürokraten? Legt nur einmal eure Mitgliederzahlen aus, und dann ergibt sich einwandfrei, daß ihr alle Ursache habt, euch vor uns zu verstecken!

Das Paradies und die Peri erlebte durch die Zwickauer Arbeitersänger der Vereine „Volkschor“, „Frohsinn“ und „Vorwärts“ (Abteilung der Freien Turn- und Sportvereine) eine gutgelungene Aufführung. Chor, Solisten und das Städtische Orchester ordneten sich der Führung des Kapellmeisters Otto Neukirchner unter und gaben das Werk in prächtiger Weise wieder. Mit dieser Aufführung der Arbeitersänger ist dem Gedächtnis Robert Schumanns in seiner Vaterstadt ein würdiger Denkstein gesetzt worden. Der Besuch des Konzerts war gut.

## Crimmitschau

In unserer letzten Parteiversammlung wurde beschlossen, wöchentlich einen kleinen Beitrag von den Genossen zu erheben, um Musikinstrumente anschaffen und bei Aufmärschen mit eigener Musik antreten zu können. — Eine rege Aussprache entspann sich darüber, wie wir die Aktivität steigern können. Obwohl im Durchschnitt immer 100 Mann zu unseren Veranstaltungen zur Stelle sind, müssen in Zukunft alle Genossen unsere Veranstaltungen besuchen. — Einige Genossen führten eine Geldsammlung zugunsten des Kampfbundes durch, die einen ansehnlichen Beitrag brachte, obwohl die Genossen zu 80 Proz. arbeitslos sind. — In Zukunft werden wir Diskussionsabende abhalten, um uns mit den grundlegenden Fragen des Sozialismus hieb- und stichfest vertraut zu machen.

Das „Sächsische Volksblatt“ beschäftigte sich unter der Überschrift „Das ist die Neutralität bei der SAP!“ mit dem Hinweis, den wir auf Wunsch der Arbeiter-Esperantogruppe in der „SAZ“ brachten. Es soll mit diesem

teilten. Eintragung in der Wählerliste ist auch Voraussetzung für die Ausstellung von Wahlschein für solche Wähler und Wählerinnen, die sich am Wahltag auf Reisen befinden. Bei der großen Arbeit, die die Anlegung der Wählerlisten für die Gemeinden bedeutet und den zahlreichen Wohnungswechsel sind Versehen bei Anlegung und Fortführung der Listen nicht ausgeschlossen. Deshalb prüfe jeder Wähler die Listen auf Richtigkeit. Die Räume, in denen die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen, werden durch Plakate oder in den Tageszeitungen bekanntgemacht.

Geschreibsel den SAP-Genossen in der Esperantobewegung eine Spaltungsabsicht unter-schoben werden. Nun, wir können mitteilen, daß die Spaltung die SPD unter Führung ihres Genossen Artur Müller im verflorbenen Jahr schon besorgt hat. Als 1930 in Essen eine Spaltung der Esperantobewegung in Erscheinung trat, hielten sich in Crimmitschau einige SPD-Genossen für verpflichtet, diese auch auf die örtliche Esperantogruppe zu übertragen. Als die Esperantogruppe es ausdrücklich ablehnte, sich nach der vollzogenen Spaltung einem Bunde anzuschließen, setzten es Genossen der SPD unter Heranziehung von Esperantisten, die sich Jahre hindurch nicht um die Bewegung gekümmert hatten, mit zwei Stimmen Mehrheit durch, daß die Esperantobewegung in Crimmitschau gespalten wurde. — Wo sind also die Spalter zu suchen?

Zur Agitation für Partei und Presse stellten sich am Sonntag wieder die aktivsten Genossen zur Verfügung. Wir werden auch in den nächsten Tagen unsere Werbung fortsetzen. Jeder muß dazu antreten. Jeder erworbene Abonnent ist an die Genossen Emil Rügner oder Fritz Mühlhng zu melden.

## Mühltröf

„Kirche und Faschismus“ hieß das Thema, über das Genosse Schlosser in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung des DFV sprach. Auf gutes Tatsachenmaterial gestützt, zeigte der Redner, wie die Kirche gezwungen ist, sich mit dem Faschismus und der NSDAP zu verbrüdern. Anschließend schilderte der Vorsitzende der Freidenker die nazifreundliche Entwicklung der Ortskirche. Bekannt machte doch der Pfarrer in seinem Antwortschreiben an den DFV, auf dessen Einladung zum Versammlungsbesuch offen als Anhänger der Nazis. Zwei junge, von den Nazis irreführte Menschen hatten Horchposten bezogen, um die Versammlung zu bespitzeln. Wer ihnen dazu den Auftrag erteilt hatte, die Nazis oder die Kirche, konnten wir nicht feststellen.

## Schneeberg

Unsere letzte Parteiversammlung war überaus gut besucht. Im Mittelpunkt standen Berichte vom Bezirksparteitag in Planitz über die bisherige Einheitsfrontarbeit und unsere Stellung zur Reichspräsidentenwahl. In der nächsten Versammlung soll über das Räte-system debattiert werden. — Die Versammlung billigte einmütig die Taktik der Leitung zur Herstellung der Einheitsfront. Die Einheitsfrontarbeiten sollen wie bisher weitergeführt werden. Die letzte Veranstaltung gemeinsam mit der KPD hat bewiesen, daß wir auf dem richtigen proletarischen Wege sind. — In den nächsten Tagen soll eine Werbung für Partei und Presse durchgeführt werden. Die Sondernummer des „Kurier“ muß in einer Massenaufgabe umgesetzt werden. Alle proletarische Literatur ist bei dem Genossen Gerber zu bestellen. — Genosse Krauß forderte zum Schluß der Versammlung noch auf, für die Teilnahme am Partei-, Jugend- und Schutzbundaufmarsch anlässlich des Reichsparteitages in Plauen zu sparen. — Die SPD hielt am gleichen Tage ihre Versammlung ab. 15 Versammlungsteilnehmer, alles „oppositionelle Sozialdemokraten“, entschieden sich für den „Retter der Republik“ und des SPD-Apparates Hindenburg. . .

Werbeturnen der Freien Turnerschaft. Das Bühnenwerbeturnen am Sonnabend in der „Goldenen Sonne“ konnte besser besucht sein. In einer Ansprache bemühte sich der Vorsitzende u. a., die „Vorzüge der Republik“ für den AJ u. SpB plausibel zu machen. Die neuzeitlichen gymnastischen Übungen der großen und kleinen Turnerinnen und Turner unter ausgezeichneter Musikbegleitung wurden beifällig aufgenommen.

Leser werbt für die SAZ

## Billige Rückfahrkarten für den Osterverkehr

Die Reichsbahn gibt ähnlich wie zu Weihnachten auch zu Ostern Rückfahrkarten aus, deren Benutzung auch solche Stationen umfaßt, für die Sonntagsrückfahrkarten nicht vorgesehen sind. Die Rückfahrkarten gelten vom 23. März bis zum 4. April, und zwar zur Hinfahrt an allen Tagen vom 23. bis 28. März und zur Rückfahrt an allen Tagen vom 24. März, 12 Uhr mittags, bis zum 4. April, an dem die Rückfahrt spätestens um 24 Uhr beendet sein muß. D-Züge sind gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlags für die Benutzung der Festtagsrückfahrkarten freigegeben.

## Arbeitersportler tagen

Die wichtigste Sportveranstaltung im Zwickauer Bezirk

Das Zusammentreten des Bezirkstags aller Sparten, dessen Geschäftsjahr sich auf zwei Jahre erstreckt, wurde diesmal mit erhöhtem Interesse erwartet. Die Tagung, die in den schönen Räumen des Steinpfeifer Sportlerheims abgehalten wurde, wird zweifellos in der Geschichte des Bezirks von tief einschneidender Bedeutung sein.

Der Geschäftsbericht des Genossen Schlesinger vermittelte recht wertvolle Fingerzeige über wichtige Organisationsfragen. Die Opposition hat den Mitgliederstand nicht wesentlich erschüttert können. Erschütternd ist die Feststellung, daß in den Vereinen durchschnittlich 53—88 Prozent der Mitgliedschaft erwerbslos sind. Dem verständlichen Verlangen nach Beitragsermäßigung kann nicht stattgegeben werden, wenn die Unfallunterstützung aufrecht erhalten bleiben soll. Das Zeitungswesen im Bund und Kreis drängt zur Konzentration.

In der regen Aussprache glätteten sich erst die hochschlagenden Wellen, als zur politischen Lage folgender Antrag der Bezirksfußballleitung mit 26:17 Stimmen Annahme fand:

„Die politische Zusammensetzung in unseren Vereinen läßt eine geschlossene Beteiligung an den Aufmärschen der politischen Parteien unmöglich zu. Um alle politischen Differenzen von den Vereinen fernzuhalten und die unbedingt notwendige Einheit zu wahren, sind alle derartige Aufforderungen zu geschlossener Beteiligung abzulehnen, aus der sich eine einseitige Bindung ergeben könnte. Da gegenwärtig regelmäßig Aufmärsche aller politischen Parteien stattfinden, wäre sonst der gesamte Sportbetrieb lahmgelegt, da jeden Sonntag ein anderer Teil der Mitgliedschaft verhindert wäre. Begrüßt würde es aber, wenn sich die Mitglieder politisch betätigen. Alle haben die Pflicht, den Abwehrkampf gegen den Faschismus zu unterstützen.“

Der Beschluß des Bundesvorstandes in der Frage „Einreihung in die Eiserner Front“ läuft auf eine einseitige Bindung hinaus und ist gegen die Struktur unseres Bezirks, in dem alle politischen Richtungen vorhanden sind und außerdem 50 Prozent der Mitgliedschaft parteilos ist. Es muß jedem Genossen freigestellt werden, sich an den politischen Aufmärschen entsprechend seiner politischen Ueberzeugung zu beteiligen.“

Die Abwicklung der weiteren Tagesordnungspunkte vollzog sich reibungslos, beinahe sogar im Rekordtempo. Nachstehend die wichtigsten Beschlüsse:

1. Der Bezirksrat wird um eine Vertreterin der Frauen erweitert (Genossin Schalek).
  2. Der Bauausschuß wird aufgelöst. Solche Angelegenheiten werden vom Bezirksrat erledigt.
  3. Die Finanzierung des Bezirkstags aller Sparten übernimmt künftig der O-Bezirk.
  4. Das Bezirksfest aller Sparten findet am 23. und 24. Juli in Wilkau statt.
  5. Das Alterstreffen wird in Zwickau im Volkshausstadion durchgeführt.
  6. Der Kindertag wird am 10. Juli in Werdau abgehalten.
  7. Zur Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes stellt sich der Bezirkstag hinter die vom ADGB und dem Landessportkartell herausgegebenen Richtlinien.
  8. Die Lotterie zur Unterstützung in Not geratener Vereinsheime und -plätze muß in unserer Mitgliedschaft und Anhängerschaft weitmöglichst gefördert werden.
- Daß nach der anerkannten Arbeitsleistung alle Bezirksfunktionäre wiedergewählt wurden, war eine Selbstverständlichkeit.
- Nach ziemlich achtstündiger Arbeitszeit war die Tagung beendet.

Parole für Freitag, 4. März:

# In jede Arbeiterhand die Wahlnummer unserer Wochenzeitung

# Sportschau der SAZ

## Um die mitteldeutsche Verbandsfußballmeisterschaft

Eiche Hindenburg und VfK Leipzig Südwest Endspielgegner

In Breslau schlug vor 2000 Zuschauern im Vorentscheidungs spiel der schlesische Meister Eiche Hindenburg den Meister von der Prov. Sachsen-Anhalt, Freie Turner Aschersleben, 3:2 (2:1). Die wichtigeren Spielweise der Schlesier brachte den verdienten Sieg.

In Altenburg auf der städtischen Kampfbahn gewann vor 3500 Zuschauern der Sachsenmeister VfK Leipzig Südwest gegen den Thüringer Meister Rositz 2:1 (1:1) im Vorentscheidungs spiel um die mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft. Leipzig war seinem Gegner technisch sowie in der Körperbeherrschung etwas überlegen und errang damit einen verdienten Sieg. Infolge seines Kampfscharakters nahm das Spiel einen recht spannenden Verlauf, der die Zuschauer trotz der großen Kälte bis zur letzten Minute unentwegt ausharren ließ. Der Schiedsrichter aus Halle war dem Spiel ein vortrefflicher Leiter.

Das Schlußspiel findet am 6. März auf dem Preußen-Sportpark in Leipzig statt.

## Kreis-Fußballmeisterschaften

Bremen Blumenthal nordwestdeutscher Kreismeister

Vor 3500 Zuschauern in Vegesack b. Bremen sicherte sich Bremen Blumenthal über Hildesheim 1918 mit 1:0 den Meistertitel. Durch einen gutdurchachten Durchbruch in der 1. Spielhälfte erzielte der Meister das Siegestor. Beide Mannschaften waren gleichwertig. Verteidigung und Torwarte beider Mannschaften spielten besonders aufopfernd.

## Um die Meisterschaft in Norddeutschland

Kiel Ost—BSV. 19 Hamburg 3:1 (1:0)

Nicht mit Unrecht wurde Kiel Ost vor 2000 Zuschauern verdienter Sieger. Von BSV 19, der den Bundesmeister Lorbeer aus dem Rennen werfen konnte, hatte man mehr erwartet. Von einem systemvollen Zusammenspiel sah man wenig. Kiel spielte anfangs auch nicht überzeugend. Früh genug erkannte Kiel die Fehler und spielte besonders in der 2. Spielhälfte auf Sieg.

## Kleine Sportnachrichten

Freie Fallbootfahrer Berlin e. V. Zusammenkünfte: Donnerstag, 2. März, 20 Uhr. Gesamtveranstaltung für sämtliche Gruppen: Unions-Festsäle Greifswalder Str. 221. Vortrag Ganswindt: Hypnose mit Experimenten. Gruppe Südost: Sonntag, 6. März, Wanderung. Treffpunkt: 9 Uhr Bahnh. Eichwalde.

## Fußball im Vogtland

Eintracht—Rempesgrün 4:1 (1:1). In der ersten Spielhälfte hatte der Gast aus der ersten Gruppe bei den Vorteilen, die ihm geboten wurden, leicht den Sieg an sich bringen können, leider zeigten sie aber vor dem Tore nicht die nötige Energie, um Erfolge zu erzielen. Im zweiten Lauf benahmen sie sich dann leider nicht mehr. Ein zweites Tor benahmen sie sich dann leider nicht mehr. Ein zweites Tor benahmen sie sich dann leider nicht mehr.

Kürbitz—Netzschnau 3:1. Netzschnau, in der ersten Halbzeit mit dem Wind, hatte etwas mehr vom Spiel. In der zweiten Hälfte war K gut in Form und konnte das Resultat für sich entscheiden.

Lauterbach—Wacker 6:4 (5:1). Lauterbach konnte sich gleich vom Anstoß weg gut behaupten und spielte in der ersten Halbzeit wenigstens stark überlegen.

Dorfstadt—Rebesgrün 8:3. Gleich zu Beginn des Spieles setzte sich Dorfstadt in der Hälfte des Gegners fest und konnte durch gute Stürmerleistungen das Halbzeitresultat von 6:2 herstellen. In der zweiten Halbzeit spielte Rebesgrün mit Rückenwind leicht überlegen, konnte aber nur ein Tor erzielen. — Auerbach—Eilefeld 1:0. Der hohe Schuss hinderte beide Mannschaften an der richtigen Entfaltung ihres Könnens. — Auerbach—Tressen

3:5. Was man nicht erwartet hätte, ist eingetreten. Der Platzbesitzer mußte sich den Gasten beugen.

2. Klasse: Eintracht—Rempesgrün 2:3. Dorfstadt—Rebesgrün 4:1. Lauterbach—Wacker 3:7. Kürbitz—Netzschnau 3:6. — Eiche 5. Abt.—Brookau 3:0. — Eiche 5. Abt. II—Brookau II 2:2.

Achtung! Vereine des 8. Bezirks, 4. Kreis. Spielleiter und Berichterstatter! Die Vorschau für die Spiele, die in der Zeit vom 21. März bis incl. 28. März stattfinden, müssen bis 8. März in der Geschäftsstelle eingegangen sein.

Resultate der Handballspiele.

5. Abt. I—1. Abt. I (3:3) 3:5 (abgebrochen). — 4. Abt. I—Haselbrunn 1:2 (2:3). Nach der Pause ließ die 4. Abt. merklich nach. Die Kälte hatte tückischen Einfluß auf die Spieler. — 2. Abt. III—3. Abt. I 1:7 (1:4). Die Gäste waren dem Gastgeber körperlich und im Toranschlag weit voraus. — Haselbrunn II—Schwimmer 1 4:7 (1:4). — 5. Abt. Jgd.—1. Abt. II 0:1.

## Handball-Städtespiel

Westseite—Ostseite der Kieler Förde 13:4 (9:3). Die Westf. war besser eingesp. und gew. verdient. Die Stürmer der Ostf. zeigten gutes Einzelspiel.

## 4. Frankfurter Hallensportfest

### Glänzender Erfolg — 10 000 Zuschauer!

Das diesjährige Hallensportfest des Arbeiter-Sportkartells Groß-Frankfurt a. M. stand unter der Losung „Sport ist Kampf“. Die Zuschauer im riesigen Kuppelbau der Festhalle, die bis auf den letzten Platz besetzt war, kamen aus der Spannung nicht heraus. Mit dem Einzug der 60 Spielerte begann das Fest. Zwischen zwei Tambourmärschen sprach Otto Zimmermann-Leipzig Theobald Tigers „Mutter“ als Prolog. Abwechselnd treten dann die Renn- und Kunstfahrer ins Oval. Ein Siebenstädte-Kampf wird in vier Läufen ausgefahren. Es hagelt Stürze und Defekte. Der Kölner H. Schilauński überragt alle seine Konkurrenten und versetzt das Haus in heile Begeisterung. Doch die Frankfurter Mannschaft ist ausgeglichener und gewinnt den Städtekampf.

Zwischendurch konnte man die Spitzenleistungen der Kunst- und Reigenfahrer bewundern. Ein Sechser-Radballspiel sieht Altstadt-Sachsenhausen über Bornheim-Oberrad in Front. Es folgt das 100-Runden-Mannschaftrennen. Wiederum holt sich Frankfurt den Sieg. — Den zweiten Teil des Programms eröffnen wiederum die Spielte. Der Sprecher bringt den „Song von der proletarischen Einheitsfront“ zu Gehör. Nun kommt die Leichtathletik zu Wort. Unter starker Anteilnahme werden die Staffekämpfe entschieden. Die Pr. Tschft. Frankfurt-Riederwald dominiert deutlich vor Nord, V.F.L. 13 und Fr. Sp. Sachsenhausen.

Fußball: Mit einem Ueberraschungstreffer besiegt Westend den Frankfurter Meister V.F.L. 13. Einen gelungenen Ausschnitt ihres

Könnens zeigen die Athleten. Die Festhalle gleicht einer olympischen Arena: Boxen, Ringen, Stammen, Jiu-Jitsukämpfe und akrobatische Leistungen der Fluchturner ziehen das Interesse auf sich. Dazwischen treibt ein Clown seine tollen Späße. Auch das folgende Pushballspiel reizt die Lachmuskeln. 40 Turner und Turnerinnen zeigen neuzeitliches Mattenturnen. Nach einigen weiteren leichtathletischen Wettbewerben folgt Seilgymnastik von 80 Genossinnen. Eine Ueberraschung brachte das Handballspiel; durch drei feine Treffer ihres jungen Linksaußen schlug die Fr. T. Nord den Gruppenmeister Bockenheim. — Als Abschluß steigt das proletarische Festspiel „Kampf der Kolonnen“ von O. Zimmermann. Kurz und eindringlich prägen sich die einzelnen Phasen in die Hirne der Zehntausend: Das Proletariat erwacht — Spaltung mit folgendem Zusammenbruch — Aufruf zur Sammlung: „Proletariat aller Länder vereinigt euch!“ — Die Internationale. — Das gewaltige Fest ist beendet. — Bereits zwei Stunden danach sandte der „Südwestfunk“ einen Hörbericht vom 4. Hallensportfest der Frankfurter Arbeitersportler auf Schallplatten in den Äther!

## Fußball im 9. Kreis

Im 9. Bezirk holte sich Mainz-Gonsenheim mit 2:1 über Oppenheim die Meisterschaft der 2. Klasse. — Privatspiele: FTG. Darmstadt—Münster 1:2; Eberstadt—Stoßstadt 2:4; Wixhausen—Dietzenbach 5:1; Niederwöllstadt—Ossenheim 6:1; Friedberg—Dorheim 1:1.

## Handball

Eberstadt—Weiterstadt 5:1; Offenbach-Bürgel komb.—Mühlheim-Dietzenheim komb. 3:1; Arheilgen—Rechtsheim 1:2; Reinheim—Ober-Ramstadt 2:3.

## Organisationsnachrichten

### SAP

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Zahlend Mittwoch, 2. März, 19 Uhr, Abt. 1 Lokal Thomas, Ystadler Str. 14; Abt. 2 Lokal Richter, Schlie-mannstr. 30; Abt. 3/4 Lokal Rebe, Metzger Str. 29.

Ortsgruppe Friedrichshalm: Abt. 2 Mittwoch, 2. März, 19 Uhr, im Lokal Breuer, Paul Singer-Str. 30; Abt. 4 Mittwoch, 2. März, 19.45 Uhr, im Lokal Krugmann, Mencler Str. 63.

Ortsgruppe Kreuzberg: Mittwoch, 2. März, 20 Uhr, Funktionsversammlung Bäckstr. 8. — Mitgliederversammlung Freitag 4. März, 19 Uhr, im Lokal Look, Schönleinstr.

Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau: Mitgliederversammlung Mittwoch, 2. März, findet nicht statt.

Ortsgruppe Neukölln: Mitgliederversammlung am Donnerstag, 3. März, 20 Uhr, in den Bürger-sälen, Bergstr. 147. Thema: Reichsparteitag. Referent: Gen. Seigewasser.

Ortsgruppe Pankow: Mitgliederversammlungen Sonntag nicht mehr bei Lehmann, sondern im Jugendheim, Mühlentstr. 77. — Nächste Mitgliederversammlung Mittwoch, 2. März, 20 Uhr, Referent Gen. Kurt Stechert: „Unsere Stellung zur KPD.“

Ortsgruppe Lichtenberg (Abt. Mahldorf): Mittwoch, 2. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Wachsmuth, Bahnhofstr. 22.

Antifaschistisches Kartell Wedding: Donnerstag, 3. März, im Lokal Barleben, Burgdorf-Str. 13. Eingang Willdenowstr., 19 Uhr, Aktions-schluß; 20 Uhr, Kartelleitung.

### SJV

Heute, Mittwoch, 2. März, 19.30 Uhr:

Daltonplatz: Mitgliederversammlung. Falkenberg-Grünau: Arbeitsgemeinschaft. Frankfurter Allee: Aktivgruppenversammlung. Lichtenberg: Mitgliederversammlung. Steglitz „Georg Ledebour“: Mitgliederversammlung.

### Mitteilungen der B.L.

Tambourkorps: Alle Anfänger und spielfähigen Spielteute heute 19.30 Uhr im Sekretariat Probe. Wer ein Instrument (Trommel, Pfeife usw.) besitzt, mitbringen.

Sozialistische Schüler: Heute 17 Uhr, im Sekretariat Schülerversammlung.

Koter Karneval: Bis heuteabend muß wegen der Steuer alles abgerechnet sein.

Erwerbslosenstaffel: Heute, 10 Uhr, pünktlich vor dem Hauptportal des Kriminalgerichts in Moabit.

Liga für Mutterschutz und soziale Familienhygiene: Mittwoch, 2. März, 20 Uhr, im Lokal Wittenhagen, Graetzstr. 40, öffentliche Versammlung mit Lichtbildvortrag des Gen. Georg Lillenthal: „Menschwerdung, Keimentwicklung, Schwangerschaft, Geburt. Wie schützen wir uns vor ungewollter Selbsterhaltung?“ Eintritt 20 Pfg., Erwerbslose gegen Ausweis 10 Pfg.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Böttcher, für Inserate Johannes Hoffmann. Verlag Sichel Zeitung-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Köpcke, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montage. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto. Inseratspreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitung-Verlagsges. m.b.H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 153 928. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitung-Verlagsges. m.b.H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

<b>Staatstheater</b> Oper u. d. Linden Mittwoch, 2. März 10 <sup>15</sup> — gegen 22 Uhr: <b>Die Geisha</b> Schauspielhaus a. Gendarmenmarkt Mittwoch, 2. März 20 — 23 Uhr: Cyrano von Bergerac Schillertheater Chausseestraße Mittwoch, 2. März 20 — 22 <sup>15</sup> Uhr: Die endlose Straße	<b>Volkstheater</b> Theater a. Bülowpl. 1. Nordend 294f Mittwoch, 2. März 8 Uhr: Fuhrmann Henschel <b>Rose-Theater</b> Große Frankfurter Str. 132 Mittwoch, 2. März 6 Uhr: Premiere Jettchen Gebert Donnerstag, 3. Febr. 8 15 Uhr: Jettchen Gebert <b>CIRCUS BUSCH</b> Waldenstraße 3840 Tägl. 4 <sup>15</sup> u. 8 <sup>15</sup> Uhr Sonntags 2 <sup>15</sup> u. 8 <sup>15</sup> Uhr	<b>Münz-Theater</b> Münzstr. 10 Tonfilm-Tageskino <b>Kameradschaft</b> und <b>Wenn die Soldaten</b> Fox tönende Wochenschau <b>Theater des Weddings</b> Müller- Ecke Sellenstraße <b>„Die Liebesfilleale“</b> mit Job. Riemann, Anny Ahlers, und <b>„Sonntag des Lebens“</b> mit Camilla Horn und das reichhaltige tönende Beiprogramm <b>Pharus Lichtspiele</b> Müllerstraße 142 <b>Der Herr Bürovorsteher</b> mit Felix Bressart So'n Windhund mit Max Adalbert Fox tönende Wochenschau Anfangszeiten: Wochentags 5, 7, 9 Uhr; Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr	<b>Elysium - Lichtspiele</b> Prenzlauer Allee 56 2 große Schlager: Charl. Suss, Gust. Fröhlich in dem Splunge-Film <b>„Unter falscher Flagge“</b> mit Joh. Riemann, Magda Schneider in der Tonfilmoperette: <b>„Fräulein — falsch verbunden“</b> <b>M.I.L.A.</b> Lichtspiel-Palast Schönhauser Allee 130 2 Tonfilmschlager Hermann Thalmig in seiner neuesten Tonfilmoperette: <b>„Mein Freund, der Millionär“</b> dazu: ein Tonfilmabenteuer <b>„Der Bergführer von Zakopane“</b> Wochentags 8, 15 Sonntags 3, 10 Kasseneröffnung 1/2 Stunde vor Beginn
--	---	--	---

**Haus Vaterland**  
KURFÜRSTENSTRASSE 230  
Berlins  
BETRIEB KEMPINSKI**Filmcafé Puhlmann**  
Schönhauser Allee 148  
**„Mein Herz sehnt sich nach Liebe“**  
(Der Heilscher)  
mit Max Adalbert  
**Fox tönende Wochenschau**  
**Stärkt den Pressefonds****Chemnitz**  
**Genossen**  
über 24 Jahre  
als Abonnentensammler und Vertriebsleute  
für satirische Zeitschrift gesucht. Gute Bedingungen. Meldungen möglichst schriftlich bei Ligowski, Zehlendorfer (Onkel Toms Hütte), Grunewald-allee 158.**Nürnberg**  
**Achtung!**  
Partei-genossen decken ihren Bedarf in Margarine nur bei  
**Margarine-Spezial-Vertrieb**  
Nürnberg, Ludwig-Fuehrbach-Str. 23  
Ein 9-Pfd.-Paket kostet gegen Nachnahme RM. 0.50. Außerdem suchen wir in jeder Ortsgruppe einen Genossen oder Genossin, die sich als Margarinevertriebler an die Genossen und deren Bekanntenkreis eignen. Jeder ist in der Lage, sich einen guten Nebenverdienst, wenn nicht Existenz zu verschaffen. Notwendig ist eine kleine Büroschale oder Sicherheit, außerdem ein kleiner sauberer Lageraum. Bewerbungen sind an obige Firma zu richten.**Aachen**  
**Flugzettel**  
in jeder Auflage billigst!  
Aufträge werden am Tage des Einganges erledigt!  
**Ortsvereins-Stempel**  
werden angefertigt.  
Sonderpreise für SAP-Gruppen.  
Fordert sofort Angebot von:  
**Druckerei Ransberg**  
Aachen, Harskampstr. 2**BESTELL-SCHEIN**  
Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar  
**„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“**  
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands  
Name: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
monatlich ... 2.40 RM. inkl. Bestellgeb.  
wöchentlich ... 0.60 RM. inkl. Bestellgeb.  
bei Postbezug 2.10 RM. zuzügl. 36 Pf.  
Zustellungsgebühr  
Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitung-Verlagsgesellschaft m.b.H. Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

# SAP Der tägliche Vormarsch

In Arnstadt fand eine überfüllte öffentliche Versammlung der SAP zur Reichspräsidentenwahl statt. Zahlreiche Neuaufnahmen sind das Ergebnis.

In Leipzig-Mockau wurde eine Ortsgruppe des SJV gegründet, die die gleiche Mitgliedschaft aufweist wie die Gruppe der SAJ.

In Oranienburg ist eine Ortsgruppe der SAP gegründet worden, die demnächst ihre erste öffentliche Versammlung veranstalten wird.

In Thillede am Kyffhäuser wurde eine Ortsgruppe der Partei ins Leben gerufen.

## Das ist die Front der SPD

Der Aufruf des Grafen Westarp zur Wahl Hindenburgs hat u. a. noch folgende weitere Unterschriften erhalten:

- Graf v. Arnim-Muskau, Schloß Muskau,
- v. Coerper, Admiral a la suite des Seeoffizierkorps, Frankfurt/Main,
- Graf Dohna, Landrat a. D., Berlin-Charlottenburg,
- Graf Finck v. Finckenstein, Parnäckel, Neumark,
- Gräfin Finck v. Finckenstein, geb. Gräfin Behr Negendank, Parnäckel,
- Graf Finck v. Finckenstein, Trossin bei Bärwalde,
- D. Frhr. v. d. Goltz, Präsident des evangel. Konsistoriums Koblenz,
- v. Gleich, Kgl. Württ. Generalmajor a. D., Ludwigsburg,
- Frhr. v. Gemmingen-Hornberg, Heidelberg,
- Frhr. v. Hammerstein-Loxten, MDR., Haus Loxten,
- Frhr. Heyl zu Herrnsheim, Worms,
- Köllner, Konteradmiral z. D., Kiel,
- Kühn, Bergwerksdirektor, Albersdorf,
- Dr. Langen, Generaldirektor, Köln,
- Graf zu Münster, Rittergutsbesitzer, Rittergut Kniestedt,
- Riemann, General der Inf. a. D., Sondershausen,
- Rueff, Konsul, Bankier, Stuttgart,
- Dr. Paul Silverberg, Köln,
- v. Zuern, Generalmajor a. D., München.

## Licht- und Bierkrieg geht weiter

Berlin, 1. März 1932.

Der Berliner Bund der Handel- und Gewerbetreibenden hat beschlossen, die Mitglieder des Bundes, die Flaschenbier feilhalten, anzuweisen, bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit den Verkauf von Flaschenbier einzustellen.

Ferner wurde einmütig beschlossen, in den Lichtstreik einzutreten.

Auch in Hanau hat die Gastwirte-Innung beschlossen, infolge der zögernden Haltung der Regierung und ungenügenden Senkung der Biersteuer, jeglichen Bierauschank ab Montag, den 29. Februar 1932 einzustellen.

In Hamburg hat sich eine Bierstreikeinheitsfront gebildet, die ihre Gesamtforderungen bis zur letzten Konsequenz durchzuführen bereit ist.

Bayern hat sich erneut mit dem Ersuchen an die Reichsregierung gewandt, eine rasche und einheitliche Senkung der Biersteuer durchzuführen.

Die Bierfrage ist und bleibt offensichtlich die einzige Frage, in der in Deutschland eine Einheitsfront über Landes- und Parteiinteressen hinweg zustande kommen kann.

# Selbstbefriedigung der SPD

## Eine „bürgerliche Linkspartei“ ihre Sehnsucht

† Berlin, 1. März 1932.

Herr Hellmut von Gerlach, der von sich selbst sagt, daß er „an einer genügenden Zahl mißlungenen Parteigründungen teilgenommen“ habe, geht mit der Laterne des Diogenes auf dem offenen Markt des „8-Uhr-Abendblatts“ auf die Suche, seinen Rekord an mißlungenen Parteigründungen zu erhöhen. Das ist eine reine Privatsache des Herrn von Gerlach und seiner hohen Ullstein-Protektion.

Aber zu schön ist, wie Herr von Gerlach erzählt, von wannen ihm die Anregung gekommen ist. Natürlich von einem Sozialdemokraten; um es genau mit den Worten des Herrn von Gerlach zu sagen, von einem „sozialdemokratischen Führer“. Na ja. Der hat auf einer „republikanischen Tagung“ (wo sonst?) den folgenden Stoßseufzer losgelassen:

„Das Unglück der deutschen Politik ist das Loch zwischen Sozialdemokratie und Zentrum. Wir Sozialdemokraten beklagen das Fehlen einer bürgerlichen Linkspartei. Aber wir selber können sie nicht gut schaffen. Das müssen wir Ihnen, meine Herren bürgerlichen Republikaner, überlassen.“

Und deshalb geht also Herr von Gerlach auf die Suche, ohne seine „Republikaner“, die er braucht, zu finden. Er findet höchstens „scheene Reubliganer“.

Der arme Gerlach! Er sieht vor lauter Wald die Bäume nicht! Sieht nicht, daß die „bürgerliche Mittelpartei“ längst existiert, daß sie sich nur noch hinter einem falschen Firmenschild verbirgt, das Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt, und heißen müßte: Kleinbürgerlichste Partei Deutschlands, ehemals SPD. Dabei ist der ehemalige Junker Gerlach nicht einmal blind. Denn er schreibt ja, die links eingestellten Bürger (nehmen wir mit

Herrn von Gerlach einmal an, daß es sie gäbe) gingen nur deshalb nicht zur Sozialdemokratie, weil „sie der Begriff „Klassenkampf“ erschreckt“. Der Herr von Gerlach weiß also auch, was längst alle Spatzen von den Dächern pfeifen, daß Klassenkampf bei der SPD nur noch ein Begriff ist, daß man das Wort nur noch mit Anführungszeichen gebraucht, die Tat des Klassenkampfes schon längst mit Achselzucken zu den sozialistischen Ladenhütern verwiesen hat, die bei der SPD außer Kurs gekommen sind. Wozu also noch lange suchen, Herr von Gerlach? Was Sie sich wünschen, es liegt (liegt wirklich!) vor Ihrer Nase!

Aber ist dieser Stoßseufzer des „sozialdemokratischen Führers“ — sollte er etwa Sollmann heißen? (er paßt aber ebenso gut auf andere) — nicht bezaubernd aufschlußreich? Während die Entwicklung ganz folgerichtig nach dem Zweiparteiensystem hingeht — die kapitalistische Bourgeoisie, die Proletariat — während jeder Marxist diese Tatsache als ein Zeichen der notwendigen bevorstehenden Endauseinandersetzung begrüßt, jammert der „sozialdemokratische Führer“, daß sie selbst doch eigentlich nicht die Pufferpartei gründen könnten, die sie der eigenen Aktion entheben, ihre Untätigkeit vor dem Proletariat decken soll. Und weil sich kein Dummer findet, machen sie selbst den Dummen. Eine Tragödie nur deshalb, weil Proletariat, vom Firmenschild irreführt, in dem Laden noch nach sozialistischer Ware suchen, während ihnen schon längst bürgerlich-kapitalistischer Kriegssatz à la „Eiserne Front“, volkernationaler Fusel und ähnliches in die Hand gedrückt wird. Aber auch sie werden am Katzenjammer schließlich merken, welche Getränke ihnen serviert worden sind. Und dann werden diese „Führer“ endlich „ganz unter sich“ sein. Prost!

# Einheitsfront marschiert!

## SPD-Gemeinderäte, Funktionäre und Arbeitersportler gegen die Eiserner, für die proletarische Front

Ludwigshafen, 1. März 1932.

Aller Nötigung und Drohung der „Führer“ zum Trotz, fanden sich in Neuhoßen, im Bezirk Rheinpfalz, über 400 Sportler, Gewerkschaftler, die gesamte Parteigenossenschaft der SPD zu einer öffentlichen Versammlung zusammen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Neuhoßen ist eine Hochburg der SPD... gewesen. Der Parteiapparat von Ludwigshafen hat hier ausgeklappert. Die beiden SPD-Redner, die Gemeinderäte Schmitz und Sturm, forderten die proletarische Einheitsfront. Unserem SAP-Genossen Kohl gelang es durch treffliche Begründung dieser lapidaren Forderung, den stärksten Beifall der Versammlung zu erringen. Er war auch der beste Anreger und Förderer der ganzen Aktion. Anerkannt sei auch die Sachlichkeit der Syndikalist. Der Vorstoß war ein starker Erfolg für uns. Er wird organisatorische reiche Früchte bringen. (Am 13. März folgt unsere öffentliche Versammlung.) Er beweist, daß die Proleten um so selbständiger denken, je weiter sie von den Parolestüben bezahlter Partei- und Gewerkschaftsschreiber und anderen Wohlfahrtseinrichtungen entfernt sind.

Die nahe SPD-Zentrale, die sonst zu jeder nationalen Flohzeit einen Abgeordneten im Sechssitzer schickt, war zum Erscheinen zu feig. Ihr MDR. übt sich lieber in bezahlten Reichsbanneraufmärschen ohne Diskussion.

Die Kommunisten werden wohl selbst nicht

glauben, daß ihre teilweise recht doktrinareren Darstellungen die Arbeiter überzeugt haben; allerdings war ihre große Kanone, die sie von Ludwigshafen angefahren hatten, nicht zum Losfeuern zu bringen, weil sie leider kanonemäßig „voll“ war. Also, ein andermal!

Ansonsten ist man hier in Ludwigshafen zur Zeit mit der Bildung von Transportgesellschaften bei der SPD beschäftigt, die mit dem Eisernen Buch die Häuser aussegnen und dabei den Klingelbetel schwingen Schreiben muß, was Finger hat, und wer sich ein X für ein U machen läßt; auch drei- und viermal darf man schreiben, wer Lust hat, wenn's nur eine Liste voll gibt.

Gelogen wird zum „guten“ Zweck, der die Mittel heiligt. So gibt die Generalversammlung der SPD in Mudenheim 30 Austritte zu, während sich 52 Uebertritte von dort in unseren Händen befinden. Dabei hat diese SPD-Gruppe keine 30 Vollzahler mehr behalten; auch aus der Gartenstadt sind 6 Eintritte eben bei uns gemeldet. Weiterlügen! Dazu paßt auch die politische innere Mission, die hier ausgebrochen ist, und die SPD-Spießer im eifervollen Drange als Heilsapostel in die Wohnungen unserer SAP-Genossen treibt. Nun, es will jeder sein Brot verdienen, wir verstehen das und haben darum Geduld, wenn's auch oft über die Zeit dauert, bis man die meist recht konfusen Brüder von der politischen Heilsarmee wieder los wird.

# Weltkrieg gefällig?

Washington, 29. Februar 1932. (Router)

Das Marineministerium hat angeordnet, daß die Hauptmacht der amerikanischen Kriegsflotte im Stillen Ozean stationiert wird.

## Erste Hauptetappe erreicht

Mukden, 1. März 1932.

Die Gründung des neuen mandchurischen Staates ist heute vormittag amtlich verkündet worden. Ueberall wurde die nationale fünf-farbige Flagge ausgehängt. Die Einsetzung der neuen Regierung wird am 5. März in Tschangtschung erfolgen.

Tokio, 1. März 1932.

Japan hat die Vorschläge des französischen Vertreters beim Völkerbundsrat Paul-Boncour zur Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes endgültig angenommen.

Die Kämpfe um Schanghai aber gehen mit unverminderter Heftigkeit weiter.

Hurra, der Luftschutz kommt!

## Mechanischer Mord auf 1500 km möglich!

Während man in Genf gerade dabei ist zu beraten, ob man darüber beraten soll, ob der Luftkrieg „verboden“ werden soll, richtet man sich in Deutschland schon auf den kommenden ein. Wenigstens meldet TU, daß nun endlich etwas für den Luftschutz getan werden soll und zählt auf, was alles zu geschzhen hat. Es lohnt sich nicht, ins einzelne zu gehen, alle Welt weiß ja, daß es einen wirksamen Schutz gegen die Segnungen von oben, gegen das aus Flugzeugen abgeworfene Gas — vom Himmel hoch, da komm ich her“ — nicht gibt. Aber die Hauptsache ist, wir bekommen „Luftschutz-Beiräte“, die den „Polizeiverwalter unterstützen und beraten“ werden... und wenn wir die erst haben, dann kann uns nichts mehr passieren, dann kanns ja wieder losgehen.

\*

Und seid sicher, es wird schön werden! Gerade in diesem Augenblick beachtet der „Daily Herald“ über die neue Erfindung eines Amerikaners, die die Herzen aller Helden höher schlagen macht. Genaues wird natürlich nicht mitgeteilt, aber doch soviel von dem Erfinder selbst gesagt,

daß man durch Fernwirkung auf 1000 englische Meilen, also über 1500 km, jede Stadt zerstören kann.

Glücklicherweise ohne die leiseste Gefahr für die Absender der Größe aus der Luft! Ist das nicht herrlich? Der Erfinder wünscht zwar, daß das Ding dem Völkerbund vorgeführt würde, und er hofft, daß die Staatsmänner so entsetzt wären, daß sie dann schnell jeder Kriegsmöglichkeit den Garaus machten. Eine andere Belohnung wünscht der gute Amerikaner gar nicht.

Aber wie unterschätzt er doch unsere Staatsmänner! Die sind viel zu patriotisch, um sich durch solche Kleinigkeiten erschüttern zu lassen. Da hat jeder nur die eine Sorge, daß er die Erfindung in die Hand bekommt und kein anderer. Welche ungeahnten Möglichkeiten eröffnen sich doch auch.

1500 Kilometer — das ist eine Strecke von Marseille über Berlin bis Danzig, oder von Berlin bis Leningrad, oder von Warschau bis über Moskau, oder von Paris über ganz England und Italien hinweg. Herrgott, wer das in der Hand hätte! Von jedem Punkt Europas aus alle europäischen Zentren vergasen zu können — da wäre der Krieg ja ein Fest, wie es noch nie dagewesen ist. Dieser amerikanische Träumer! Die Staatsmänner werden schon dafür sorgen, daß der Friede nicht ausbricht. Also nur keine Bange! Machen wir nur tapfer „Luftschutz“!

# UND WIR FILM

## Drei von der Stempelstelle.

Uraufführung im Marmorhaus

Berlin, den 1. März 1932.

Der Untertitel: „Drei gehen nicht unter!“ stand nur auf der Einladungskarte zur Uraufführung. Wahrscheinlich gäbe er die Tendenz zu früh preis, würde man ihn als offiziellen Untertitel benützen. Der Film zieht aus richtigen Voraussetzungen falsche Schlüsse, er zeigt ehrlich und ohne Euphemismen die Not dreier Arbeitsloser und — einen Ausweg, der falsch ist.

Ein Propagandafilm für eine Variante der Arbeitsdienstpflicht: die Erwerbslosen-Randsiedlung.

Zu zwei Arbeitslosen, die billigen Unterschluß bei einer Wäscherin, der Mutter Gohlke, und deren Tochter Else fangen, gesellt sich ein dritter, ein Maler, den seine Wirtin wegen Mietschulden exmittiert hat. Max Binder — so heißt dieser — und die ebenfalls arbeitslose Else finden Gefallen aneinander. Als Else

eines Tages bei ihrem früheren Chef, einem Schürzenjäger und Ausbeuter, aushilfsweise wieder angestellt wird und dieser von seinen Arbeitgebern erötischen Gebrauch macht, rächt Max Binder seine Geliebte auf eine primitive Art, die eigentlich nur noch in Kitschfilmen Verwendung findet: er verdrängt den sauberen Unternehmer in dessen Privatkonto. Else ist wieder arbeitslos. Die Lage dieses Häufleins Erwerbsloser scheint hoffnungslos zu sein, doch in rechten Augenblick lanciert Väterchen Staa. die neue Heilsparole: Randsiedlung... .

Der Film ist so überaus gefährlich wegen der Wirksamkeit des gesamten ersten Teils und der Qualität der Mitwirkenden. Er enthält Einzelszenen, die als revolutionär angesprochen werden können, die jedoch von der antirevolutionären, versöhnlerischen Gesamt-tendenz aufgelesen und paralyisiert werden.

Ich behaupte, ein Ufafilm, der sich ganz unverblümt reaktionär gibt, ist für den Arbeiter unverfänglicher als ein Emelkafilm, der auf dem Umwege über marxistische Parolen den erwerbslosen Arbeiter für ein kapitalistisches Verzweigungsmittel einzufangen sucht.

Eine Aneinanderreihung klassenkämpferischer Gesten, ein Appell an die Primitivität im Menschen, der sich an der Bestrafung des Bösen begiestert (als der Arbeitgeber ver-

prügelt wurde, war der Beifall bei dem Premierpublikum sogar recht lebhaft!): all das bedeutet noch keine revolutionäre Tendenz. Mit diesen Mitteln arbeitet die getarnte Reaktion. Eine Echternacher Springprozession revolutionärer Gesinnung. Es wird viel von Verzweiflung und Empörung gesprochen und Ruhe gemimt. Das Massenschicksal der 20 Millionen Erwerbslosen der Erde, die „da sind und sich nicht wegweisen lassen“ (nach den Worten des Filmes) wird angedeutet, und schließlich sind es doch nur drei, „die nicht untergehen.“

Einige wirkungsvolle Szenen: Die Abfertigungsmechanik auf deutschen und englischen Arbeitsämtern: endlose Menschenreihen, Warten, langsames Weitergehen, wieder Warten, graue Massen, Rücken, Beine, Marionetten. Oder: Die Versammlungszene: Arbeitslose verlassen eine Versammlung, in welcher die Randsiedlung propagiert wird, unter Absingen des von Hugo Hirsch komponierten und von Charles Rudolph textierten Stempeliedes:

„Wir wollen keine Wohlfahrtsgaben,  
Wir wollen wieder Arbeit haben.  
Wir wollen nicht mehr stempeln gehn,  
Wir wollen wieder Arbeit sehn!“

Ausgezeichnete Darsteller: Margarete Kupfer (bisher nur bekannt als Darstellerin von Kuppelinnen und Nuttenmüttern): eine wundervolle Mutter, Typ einer alten Arbeiterin, die die Welt nicht mehr versteht. Evelyn

Holt: als Else Gohlke, wirkungsvoll, weil sparsam in ihren Mitteln: die Näherin, die Arbeitslose, die Geliebte, die Tochter, das Freiwild des Unternehmers. Sympathisch Fritz Kampers, ein Original, ein Urvieh. Ein theoretisierender Phantast, halbgebildeter Quatschkopf und abgeblitzter Liebhaber Paul Kemp. Sehr gut Adolf Wohlbrück: der arbeitslose Intellektuelle, der Deklassierte, der Vielseitige, der Wandlungsfähige. Ein Mistvieh und ekelhaft lackierter Chef: Ferdinand von Alten.

Eine dankenswerte Ernüchterung das Schlußbild: über einer Landschaft geht die Sonne auf, so wie sie die Emelka und die Propagandisten des Arbeitsdienstes auffassen. Edelster Knalkitsch, und das ist gut so. Diese Geschmacksverwirrung macht es uns leicht, den Film auch aus künstlerischen Gründen abzulehnen.

Man geht mit dem peinlichen Gefühl aus dem Theater, vom Staat und den Kapitalgruppen, die an seiner Erhaltung interessiert sind, eine aufdringliche Lektion dafür erhalten zu haben, daß die ultima ratio nur noch eine Fesselung der rebellierenden Erwerbslosen an ein Radieschen- und Kohlrübenphantom sein kann. Es lebe die Arbeitsdienstpflicht! Es ist doch schöner, in Laubenkolonien als in Mietskasernen zu verhungern!

Herbert Duckstein.

## Der Geburtstag des Zollimperiums

Wettrennen der Frachtschiffe zur englischen Küste

London, 29. Februar 1932.

Das Oberhaus hat heute den Gesetzentwurf über die Einfuhrzölle in dritter Lesung endgültig angenommen. Er erhielt dann die Unterschrift des Königs und ist damit offiziell in Kraft getreten.

\*

Die englische Presse bringt aufsehenerregende Berichte über große Wettrennen der ausländischen Schiffe nach englischen Häfen, die ihre Waren noch vor dem Inkrafttreten der Schutzzölle in englische Häfen bringen wollten. Vielen Schiffen sei es infolge des Sturmes nicht gelungen, rechtzeitig anzukommen, was einen Mehrgewinn von vielen tausend Pfund für das Schatzamt bedeute. Die große Zahl der noch im letzten Augenblick angekommenen Schiffe habe für die Zollbeamten eine ganz ungeheure Mehrbelastung bedeutet.

## Französisch-italienische Verständigung

Ein neuartiges Handelsabkommen

Paris, 1. März 1932.

Das neue französisch-italienische Handelsabkommen, das gestern in Rom paraphiert wurde und bereits heute unterzeichnet werden soll, wird vom „Echo de Paris“ als ein Novum gewertet. Das neue Abkommen stelle die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zwischen Italien und Frankreich auf eine völlig neue Grundlage, die für beide Länder sehr günstig sein könnte insofern, als charakteristisch für die neue Vereinbarung die Politik völliger Freiheit in der Zolltariffrage sowie in der Frage der Kontingentierung sei. Durch dieses Abkommen würde die Konsolidierung der Zolltarife aufgehoben.

\*

Unsere Berserker, die in der Rivalität des italienischen Faschismus gegen Frankreich einen Hauptaktivposten ihrer Katastrophopolitik sehen, mit der Nase auf eine solche Meldung zu stoßen, um sie von Illusionen zu heilen, wäre ein Versuch am untauglichen Objekte. Aber ohne die Bedeutung eines solchen Handelsabkommens zu überschätzen, muß man doch immer wieder daran erinnern, daß der Faschismus jedes Geschäft macht, das ihm etwas einzubringen verspricht und daß keine „Vertragstreue“ für ihn auch nur irgendwie bindend ist. Ein derartiger Hinweis könnte immerhin manchen Verblendeten, der sich von der nationalistischen Welle hat überfluten lassen, wieder an die Oberfläche gesunden Denkens zurückbringen.

Mandel stänkert wieder. Der Abgeordnete Mandel hat in der Kammer begonnen, Unterschriften von Kollegen zu sammeln, die sich verpflichten sollen, die Bestimmungen über die Wahlreform, die in dem von der Mehrheit der Kammer angenommenen Gesetzentwurf enthalten waren und vom Senat abgelehnt wurden, wieder in Form eines neuen Gesetzentwurfes aufzunehmen.

Zufriedenheit des englischen Starkfäustler. Im Unterhaus äußerte sich der Staatssekretär für Indien über die Lage in Indien. Nach seinen Ausführungen hat sich infolge des starken Durchgreifens der Regierung die Lage in letzter Zeit wesentlich gebessert. Die Rotemid-Bewegung sei im Zusammenbrechen. Der Steuerverweigererfeldzug in den Vereinigten Provinzen sei so gut wie beendet. Auch in allen anderen Provinzen seien die Verhältnisse zufriedenstellend. (? Red.)

# In Rheinland und Westfalen — Fritz Sternberg

Rheinland-Westfalen, das ist eigentlich eine Stadt. 10 Millionen Menschen hausen hier, und fast die Hälfte der deutschen Maschinenkräfte. Hier ist der Zentralisations- und Konzentrationsprozeß des Kapitals am weitesten fortgeschritten, hier herrscht der Großbetrieb viel stärker als in irgendeinem anderen Teil Deutschlands.

Gewerkschaftlich waren die Arbeiter in Rheinland-Westfalen niemals so gut organisiert wie in anderen Teilen Deutschlands. Das liegt einmal daran, daß die Riesenbetriebe für die Gewerkschaften waren, das liegt weiter daran, daß gerade in Rheinland-Westfalen der Prozentsatz derer, die zuwanderten, unter der Arbeiterschaft ein besonders starker war.

Der Reformismus innerhalb der Sozialdemokratie hat sich hier besonders kraß entwickelt; während es in Sachsen, Berlin, Schlesien noch ein Reformismus war, der seine Politik marxistisch zu kaschieren suchte, hat hier der Reformismus vielfach nicht einmal mehr marxistische Phrasen, sondern gibt seinen kleinbürgerlich-wirtschaftsdemokratischen Charakter offen zu. Dabei spielt natürlich eine wesentliche Rolle, daß das Zentrum hier sehr stark ist und die Sozialdemokratie in fast allen Städten in Koalition mit dem Zentrum steht.

Die Kommunistische Partei hat hier ihre Hochburgen. Im Ruhrgebiet wie in Düsseldorf sind die Wählerzahlen für die kommunistische Partei weit größer als für die SPD. Aber nirgends zeigt es sich deutlicher als in Rheinland-Westfalen, daß eine tiefe Kluft besteht zwischen den Wählermassen, die für die KPD stimmen, und ihrer Aktionsfähigkeit am entscheidenden Punkt des Klassenkampfes: im Betrieb. Wenn auf die Parolen der Kommunisten und der RGO, gegen die Notverordnung zu streiken, Anfang Januar nur zwei Prozent der Kohlenarbeiter aus den Betrieben gingen und der Streik nach wenigen Stunden kaputt war — so ist dies nur das deutlichste Symptom, wie stark die kommunistische Partei durch ihre ultralinke Technik im Betrieb und in den Gewerkschaften ihre Aktionsfähigkeit geschädigt hat.

Das war auch in sämtlichen Versammlungen zu spüren, in denen ich zu referieren hatte. Ob ich in Düsseldorf war oder in Dortmund, in Essen oder in Oberhausen, in Solingen oder in Duisburg, in Wesel oder in Köln, in Herne oder in Aachen, überall konnte man folgendes feststellen: ein wesentlicher Teil der Versammlungsbesucher, oft die Majorität, bestand aus kommunistischen Genossen und denen, die mit der KPD sympathisierten. Sie waren fast immer in die Versammlung gekommen in dem Glauben, daß sie hier die Angreifer seien. Man hatte ihnen gesagt, daß die SAP zwar einen Schritt von der SPD nach vorn gemacht habe, aber eben noch einen Schritt weiter tun müsse: zur KPD. Sie waren dann oft etwas erstaunt, als ich ihnen durch mein Referat bewies, daß die SAP kein Zwitterding zwischen SPD und KPD sei, sondern auf revolutionär-marxistischer Grundlage stehe, auf dem Boden der proletarischen Diktatur. Und wenn ich von diesem Boden aus die Taktik der KPD bei den Präsidentschaftswahlen, im Betrieb, in den Gewerkschaften, wie bei der Auslösung von Streiks kritisierte, so fand ich vielfach Zustimmung bis weit in die Reihen der kommunistischen Arbeiter hinein. Denn im Gegensatz zu der Bürokratie empfindet die Majorität der kommunistischen Arbeiter sehr wohl, wie gering der Einfluß im Betrieb ist, wie schnell dagegen die Konterrevolution fortschreitet und wie sehr es daher notwendig ist, möglichst schnell auf überparteilicher Basis zusammen zu arbeiten. Die kommunistischen Redner, die

in die Versammlung gekommen waren, in dem Glauben, hier angreifen zu können, sahen sich daher immer in die Verteidigungsstellung gedrängt, und zwar auf einem Gebiet, das ihnen nicht sehr paßte: auf dem Gebiet der Taktik der KPD in den letzten Jahren.

So war der Ausgang aller Versammlungen immer der, daß die kommunistischen Arbeiter außerordentlich nachdenklich wurden, und daß darüber hinaus ihre und die Sympathie der Arbeiter, die sich noch nicht politisch festgelegt hatten, für die SAP außerordentlich wuchs. Manche kommunistischen Redner erklärten in der Diskussion, daß die KPD auch für eine Einheitsfront sei, aber für eine Einheitsfront von unten. Nun, in Rheinland-Westfalen machte ich dieselben Erfahrungen wie auch sonst in Deutschland, daß in den Orten, wo die Bezirksleitung der KPD etwas entfernt ist, die Einheitsfront schon marschiert, weil die kommunistischen Arbeiter mit uns zusammen arbeiten wollen, während in größeren Orten gerade durch die kommunistische Bürokratie der Einheitswille der Massen immer wieder sabotiert wird.

Das klare Bekenntnis zur proletarischen Diktatur ist es, das den kommunistischen Arbeitern die Einheitsfront mit uns möglich macht.

Auf der anderen Seite zeigen die Erfahrungen auch in dieser so stark reformistischen Ecke Deutschlands, daß die sozialdemokratischen Arbeiter durch unser klares Bekenntnis zur proletarischen Diktatur sich nicht von uns abdrängen lassen. In der Zeit, in der die Nazis in die Reichswehr kommen, in der Zeit schwindet das Vertrauen auch der sozialdemokratischen Arbeiter zur bürgerlichen Demokratie immer mehr, und von Wirtschaftsdemokratie wagt auch kein sozialdemokratischer Redner mehr zu reden. Natürlich ist es so, daß die Versammlungskampagne für die eiserne Front — ähnlich wie die Versammlungskampagne vor einem reichlichen Jahr nach der ersten Brüning-Tolerierung für den Kampf gegen den Faschismus — bei manchen sozialdemokratischen Arbeitern gewisse Hoffnungen und Illusionen wieder stärkt. Aber der Kreis wird immer kleiner, der noch daran glaubt; die Zahl derer, die hier skeptisch, zweifelnd werden, wird immer größer, wenn auch die Mutlosigkeit und Passivität noch häufig so groß ist, daß sie noch keine organisatorische Konsequenz ziehen. Unter 5, 6 Versammlungen ist kaum eine, in der ein Sozialdemokrat das Wort ergreift. Und wenn einer spricht, dann zeigt sich immer deutlicher die absolute Hilflosigkeit, in der sich der sozialdemokratische Arbeiter befindet, wenn er die Politik seiner heutigen Führung verteidigen will. Der Reformismus hatte solange noch einen gewissen Boden, solange ein Aufstieg festzustellen war, wenn auch nur ein kurzer, wie zwischen 1924—28. Wenn der Klassenkampf sich immer mehr zuspitzt, wenn die Frage: Konterrevolution oder Revolution direkt auf der Tagesordnung steht — dann muß der Reformismus Farbe bekennen. Er muß direkt zur Konterrevolution, zum Monopolkapital übergehen, oder zur Sache der Revolution; sonst bleibt ihm nur noch die Möglichkeit, in den Keller zu gehen. Das spüren auch die sozialdemokratischen Arbeiter immer mehr und sind so immer weniger mit dem Herzen dabei, ihre eigene Führung zu verteidigen.

\*

Hier in Rheinland-Westfalen gibt es Hunderttausende von Arbeitern, die innerlich mit dem Reformismus gebrochen haben, die bereit sind, revolutionär gegen Monopolkapital und Faschismus zu kämpfen, die aber bei dieser

Bereitschaft bisher mit der Faust in der Tasche standen, weil sie die ultralinke Taktik der KPD und der RGO ablehnten und die Einflußlosigkeit der Kommunisten in den Betrieben erkannten. In diesen Hunderttausenden von Arbeitern haben wir ein sehr wesentliches Aufmarschgelände für die SAP. Es gilt, ihnen klarzumachen, daß man auch innerhalb der Gewerkschaften, im Betrieb, zu wirklichen Aktionen kommen kann.

Die SAP ist noch eine junge Partei. Sie steht vor ungeheuren Aufgaben gerade darum, weil die KPD in der Aktivierung der Massen im Betrieb so völlig versagt hat. Notwendig ist es, in Rheinland-Westfalen wie im ganzen Reich, daß unsere Genossen das eine ganz deutlich erkennen, daß

die zentrale Aufgabe für uns heute die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist.

Hier sind noch manche Widerstände zu überwinden. Nicht etwa, daß die Genossen sich gegen diese Arbeit wenden, sondern daß sie ihre zentrale Bedeutung bisweilen unterschätzen. Aber es geht ständig vorwärts, wie es auch vorwärts geht in der ideologischen Klärung in der Partei. In Dortmund hielt ich das politische Referat beim Bezirksparteitag. Und vom Dortmunder Bezirk war uns in Berlin oft erzählt worden, daß hier ein besonders starker pazifistischer Flügel sei. Ich hatte in meinem Referat eindringlich betont, daß im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise von einer Abrüstung, von einem realen Pazifismus nicht die Rede sein kann, daß wie zum Kapitalismus der Imperialismus, so zum Imperialismus der imperialistische Krieg gehört, und daß eine Verständigung zwischen einem kapitalistischen Deutschland und einem imperialistischen Frankreich gleichzeitig eine imperialistische Gefahr für andere Länder bedeute. Ich fand bei diesen Ausführungen keinerlei Widerspruch. Und als ich nach meinem Referat den Antrag stellte, daß man über die ersten Sätze der politischen Resolution des Berliner Bezirksparteitages abstimme, in denen es wörtlich heißt: „Die Verwirklichung des Sozialismus aber ist nur möglich durch die revolutionäre Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine und ihre Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats, deren historische Form die wirklich die Massen erfassenden Arbeiterräte sind“, da wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

Weiterer Vorstoß in der Richtung der programmativen Klarheit — weiterer Vorstoß im Betrieb und in den Gewerkschaften: das sind in Rheinland-Westfalen, wie in ganz Deutschland, unsere nächsten Aufgaben.

## François-Poncet bleibt

Der französische Botschafter in Berlin François-Poncet hatte sein Abgeordnetenmandat noch beibehalten und sich für seinen Berliner Posten nur mit einer sechsmonatigen Mission betrauen lassen. Diese läuft demnächst ab. Botschafter François-Poncet hat sich nunmehr, wie der offiziöse „Petit Parisien“ berichtet, entschlossen, sein Abgeordnetenmandat endgültig niederzulegen, um sich der diplomatischen Berufslaufbahn vollständig zu widmen.

Dieser Entschluß deutet darauf hin, daß der jetzige französische Botschafter die Möglichkeit, zwischen Deutschland und Frankreich zu einem modus vivendi zu kommen, nicht für ausgeschlossen hält. Auf welche Daten sich diese Hoffnung gründet, läßt sich wohl nicht genau sagen, daß dahinter aber Interessen der deutschen und französischen Stahlkönige vielleicht auch der Chemiegewaltigen stehen, dürfte sicher sein.



Von Rudolf Werner

Copyright by Gustav Kiepenheuer Verlag

Moskau — das Wort fällt in den Ohr, löst einen Wirbel von Gedanken und Vorstellungen in dir aus. Je nach deiner ideologischen Einstellung denkst du: „Grauenhaft! Herrlich! Kaputtmachen! Nachmachen! Fabelhaft interessant! Abwarten!“

Die einen sagen Sowjet-Hölle, die anderen Sowjetparadies. Es ist weder das noch das. Dieses große Sowjet-Rußland, das ein Sechstel unseres gesamten Erdballs umfaßt. Es ist Erde, ganz diesseitig, aufgewühlt und aufgerüttelt durch Not und Tat. Ich bin dort gewesen. Gerade komme ich zurück. Ich habe folgendes registriert:

Duisburg. Berlin. Neu-Bentschen, polnische Grenze, Warschau, Bialistock. Weite polnische Ebene. Alle paar Stunden einmal ein Kaff, gottverlassen, dann wieder Fläche, Sümpfe; hin und wieder einmal zwei ausgeführte Fahr-

rinnen, „Straßen“, eine Windmühle, ein Haus mit dem typischen polnischen Brunnen, zuweilen einmal ein Bauer, dann wieder stundenweit, stundenweit nichts als Fläche, trostlos, aufregend einsam. Eine Nacht, ein endlos langer Tag. Die Unterhaltung mit den Reisegefährten ist längst versandt. Man liegt auf den Banken und wird allmählich geduldig. Man beginnt sich an neue, ungewohnte räumliche und zeitliche Maßstäbe zu gewöhnen. An den Osten.

Endlich Stolpe, letzte polnische Station. Dann wird es sensationell: Sowjet-Rußland! Alles stürzt aufgeregt und lärmend an die Fenster. Unser Zug rollt über die polnisch-sowjetrussische Grenze. Da stehen die ersten roten Soldaten in langen, weiten, bis zum Fuß reichenden Mänteln im dicken Schnee.

Rote Soldaten! Drüben, jenseits der Grenze würden sie als „Hochverräter“ eingesperrt und hier würden sie umgekehrt die anderen als Hochverräter einsperren. Heißer Einstein, du hast recht: alles ist relativ! Wir quetschen unsere Köpfe zum Fester hinaus. „Sehen Sie, sehen Sie dort die endlosen Güterzüge mit den Maschinen!“ schreit unsere kleine Leipziger Arbeiterin, die nach Moskau zur Revolutionsfeier reist.

Endlose Züge, vollgepackt mit Demag-Kranen, Dampfsessel, Krupp- und Augsburg-Nürnberg-Brücken, Eisenkonstruktionen und dergleichen. Magazine, Schuppen, Lagerplätze voller Baugerät und Maschinen. Alles anders auf einmal! Vorbei ist die Trostlosigkeit und Lethargie der polnischen Landschaft

und Stationen. Alles ist lärmend, lebendig und „risch“.

Wir rollen langsam unter dem roten Bogen hindurch, von dessen Spitze ein Sowjet-Stern strahlt. Darunter grüßt die Inschrift: „Einen Gruß den Arbeitern des Westens.“ Die Rückseite des Bogens verkündet: „Der Kommunismus wird alle Grenzen beseitigen.“ „Darum stelle sich sicher auch sovill Poste dahin“, meint unser Kölner Reisegenosse, ein Ingenieur, der unterwegs ist nach Magnitogorsk. „Ja, globen Sie det vielleicht nich, Sie Kölsche Tünnies, det die Bolschewickis det fertig bringen?“ schreit Edi, Monteur, Berlin-Wedding, hundertprozentiger Kommunist.

Unser kleiner Sachse beschwichtigt: „Ruhe, Ruhe, vernünftig doch! Die Ge—be—uh! Hier haben die Wände Ohren!“

Ein riesiger roter Soldat betritt unser Abteil, brummbaßt: „Die Pässe bitte.“ Verschüchtert fragt unser Sachse, nachdem der Rote weg ist: „Sind alle Russen so groß?“ „Noch viel größer“, protzt Edi, Berlin-Wedding.

Grenzstation Negoreloje, Betrieb. Aufregung, Lärm. Alles aussteigen. Umsteigen ins einundzwanzigste Jahrhundert!

Gepäckträger, knorrige, kräftige Kerle in weißen Schürzen nehmen unser Gepäck. Unser kleiner Sachse will sparen und sich selbst abschleppen mit seinen Koffern. „Det kost hier nischt!“ sagt Edi. Edi fühlt sich hier im Element. Weiß hier Bescheid. War schon mal hier. Drüben, jenseits der Grenze ist Edi „aur“

ein Arbeiter, gilt nicht viel, außerdem ist er Kommunist. Aber hier ist alles anders. In jeder Beziehung. Hier haben hochnäsige Leute, die verächtlich auf Edi herabblicken wegen seines Proleten-Rockes und seiner schwierigen Faust ausgespielt, absolut ausgespielt. Edi geht voran. Wir stampfen hinterher durch dicken Schnee zur Zollabfertigung.

Ein großer, schöner, heller Saal, ausgemalt mit modernen Wandgemälden, Industrie und Landwirtschaft und das riesige Gebiet der Sowjet-Union auf der gemalten Weltkarte darstellend. Rings an den Wänden in allen Welt-sprachen die Parole der Kommunistischen Internationale: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Die Zoll-Inquisition beginnt. Eine kesse, junge Sowjet-Beamtin fragt nach dem Inhalt meiner Koffer. Ich öffne und beichte. Ich habe gefährliche Sachen bei mir, Spielsachen für die Kinder meines Bruders. „Spielsachen gibts genug bei uns, die hätten Sie zu Hause lassen können“, sagt die „gefährliche“ Frau. Ich zeige ihr alles, auch den kleinen Kötter aus Wollstoff, der wunderbar bellt, wenn man ihn in den Schwanz kneift. Die Zollbeamtin freut sich wie ein Kind darüber, und im Nu wandert mein kleiner Kötter von Hand zu Hand, um schließlich bei einem Gepäckträger zu landen, der damit ein halbes Dutzend brüllender Kinder erfolgreich besänftigt. Und aus der gefürchteten Zoll-Inquisition wird die erste heitere, interessante Stunde auf sowjet-russischem Boden. Ich darf alles mitnehmen. (Fortsetzung folgt!)